

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Zelcher Strasse 22, IV., Volkshaus  
Telephon 292.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privat 40 Pfg. für die gespaltene  
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 20.

Sonnabend, den 20. Mai 1911.

15. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. —  
Unsere Mitgliederbewegung im 1. Quartal 1911. — Der Kampf  
um die Selbstverwaltung. — Die Lohnbewegung in Demitz-  
Thumitz. — Vom Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe. —  
Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittungen. — Allgemeine  
Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. —  
Anzeigen.

**Beilage:** Die schwedische Steinindustrie. IV. — Wirt-  
schaftliche Rundschau. — Gewerkschaftsrechnungen. — Korre-  
spondenzen. — Literarisches. — Feuilleton: Im Storching.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist  
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende  
Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperit** sind: Obermörten: Werkplätz Scheibel und  
Born. — Krefeld: Firma Wilhelm Stang. —  
Kunze: Kunststeinwerk Hemmig & Co. — Hohen-  
leuben: Firma Heinrich Krebs. — Mayen: Werk-  
plätz Glaffen. — Konstanz: Die Plätz Gebr.  
Merk, Bürger, Raibt, Greiner und Schmal.

**Dortmund.** Die Westdeutschen Marmorwerke suchen  
im „Kassauer Boten“ Reute. Die Firma zahlt aber  
sehr niedrige Löhne.

**Reusa.** Die Granitarbeiter sind am 1. Mai in den  
Streik getreten. Herr Günther will die „unzufrie-  
denen“ Elemente ausmerzen.

**Rünabach, Dordingen u. Sternfels.** Seit dem 24. April  
sind circa 104 Sandsteinmehlen im Streik.

**Reichenbach (Odenwald).** Der Streik bei der Firma  
Deutsche Steinindustrie geht ungeschwächt weiter.

**Srimma.** Bei der Firma Weidhorn sind 110 Pflaster-  
steinarbeiter wegen Nichtbewilligung einer Lohnzulage  
in den Streik getreten.

**Rirchberg.** 130 Granitarbeiter sind seit dem 28. April  
im Streik.

**Rede-Grümmersbach (Hld).** Die Pflastersteinarbeiter sind  
in den Streik getreten. Zugang von Pflastersteintüppern,  
Stöbern und Tagelöhnern ist fernzuhalten.

**Jena.** Die Kollegen in den Kalksteinbetrieben be-  
finden sich im Ausstand. Die Unternehmer beabsich-  
tigen, einen schlechten Akkordtarif einzuführen.

**Firma.** Wegen Lohnkürzung sind die Mühlensteinarbeiter  
der Firma Israel am 28. April in den Streik ge-  
treten.

**Weihenstadt.** Die Fichtelgebirgsgranit-Aktiengesellschaft lehnt für die Kollegen in den Stein-  
brüchen am Rubolfstein selbst die gerechteste Forderung  
ab. Der Betrieb ist bis auf weiteres gesperrt.

**Selb (Oberfranken).** Die Fichtelgebirgsgranit-  
Aktiengesellschaft hat dem Vorstehenden Hoffmann  
angeblich wegen Arbeitsmangel gekündigt. Eine  
indirekte Maßregelung liegt bestimmt vor. Die Kollegen  
werden die nötigen Konsequenzen daraus entnehmen.

**Pilgramsreuth-Rehan.** Der Streik dauert unverändert  
fort. Hochsprechende Zugeständnisse sollen nach wie  
vor der Schmuckkonferenz Tür und Tor öffnen.

**Niederlamitz.** Die Kollegen der Firma Heinrich sind  
aus Solidaritätsgründen den Pilgramsreuther Stein-  
arbeitern gegenüber in den Streik getreten.

**Gelsenkirchen und Umgebung.** Die Stein- und Marmor-  
hauer sowie die Poliersure sind im Streik. Zugang  
nach Gelsenkirchen, Wattenscheid und Rathhausen ist  
fernzuhalten.

**Ströbel (Schlesien).** Die Unternehmer stellen gegenseitig  
keine Leute ein, welche die Arbeitsstellen wechseln  
wollen. Unsere Kollegen finden eine solche Fessel un-  
erträglich. Zugang ist zu vermeiden.

**Ettringen bei Mayen.** Bei der Firma Gebr. Müller  
haben infolge Nichtgarantierung des Stundenlohnes  
von 4,50 Mk. zehn Kollegen die Kündigung eingereicht.  
Die Firma ist gesperrt.

**Sprochbvel.** Bei der Firma Fritz Vogel haben die  
Kollegen die Kündigung eingereicht, weil der Unter-  
nehmer sich weigert, genau wie die anderen Firmen  
60 Pfg. Stundenlohn zu zahlen. Der Betrieb ist ge-  
sperrt.

**Sparned.** Die Lohnbewegung ist für die Kollegen sehr  
günstig verlaufen. Der Fichtelgebirgs-Normaltarif  
wurde zur Anerkennung gebracht.

**Berthelsdorf (Zahlstelle Sebnitz).** Die Steinmehlen der  
Firma Heinrich & Hutsch sind am 13. Mai in den  
Streik getreten. Auch die Speller und Hilfs-  
arbeiter haben die Kündigung eingereicht.

**Riel.** Die Granitarbeiter befinden sich seit dem 1. April  
im Streik. Bisher stattgesehene Verhandlungen  
haben zu keiner Einigung geführt. Zugang von Granit-  
und Marmorhauern sowie Schleifern und Plagarbeitern  
ist streng fernzuhalten.

**Hausberge und Kettelstädt.** Die Firma M. Michel-  
sohn & Co. ist wegen Lohnunterschieden gesperrt.

**Oesterreich.** Gesperrt sind: Karlsbad, Schwarzbirnen, Kahl-  
stadt, Maffersdorf, Kalomea, Drohobycz, Pola, Friede-  
berg, Klein-Krosse, Rotwasser, Sehdorf und Schwarz-  
wasser. In den fettgedruckten Orten sind etwa 800 Kol-  
legen schon seit acht Wochen ausgesperrt.

**Ungarn.** Die Budapestter Kollegen stehen in Lohn-  
bewegung. Zugang ist streng zu meiden.

**Schweiz.** Basel: Die Kunststeinfabrik von Urbani ist  
gesperrt.

**Serbien.** In Logela bestehen bei den Steinarbeitern  
Lohnunterschiede, welche ernsten Charakter angenommen  
haben, die Unternehmer wollen die bisherige Tagelohn-  
arbeit durch Akkord ersetzen und äußerst schlechte Preise  
bezahlen. Jeder Zugang ist fernzuhalten.

### In die Ortsverwaltungen!

Wir verweisen darauf, daß Streiks, welche ohne San-  
ktion des Zentralvorstandes beschlossen werden, aus der  
Hauptkassette nicht unterstützt werden. Wir müssen von den  
Zahlstellen verlangen, die eventuell in den Streik treten  
wollen, daß die statutarischen Bestimmungen streng durch-  
geführt werden. Der Zentralvorstand.

## Unsere Mitgliederbewegung im 1. Quartal 1911.

Bereits am Schlusse des 4. Quartals 1910 konnten wir  
erfreulicherweise einen bedeutenden Zuwachs an Mitglie-  
dern konstatieren, 22 416 war Bestand am Jahres-  
schluß. Auch das 1. Quartal 1911 schließt mit einer großen Steige-  
rung ab und zwar mit einer Zunahme von 2256. Die  
Gesamtmitgliedschaft betrug am 31. März 1911

24 672.

Im Vergleich zum 4. Quartal ist das eine Steigerung um  
10 Prozent; stellen wir jedoch das 1. Quartal von 1910  
(18 149 Mitglieder) dem gegenüber, dann beträgt die Zu-  
nahme sogar 36 Prozent. Auch einzelne Zahlstellen wurden  
gegründet. Wie die einzelnen Gauen an der Steigerung  
beteiligt sind, zeigt folgende Tabelle:

Gau	Bestand am 31. März 1910	Zahlstellen 1911		Mitglieder		Dabei weiblich	
		Eingegan- gen resp. berück- sichtigt	Neu ge- gründet	Bestand am 31. März 1911	4. Quar- tal 1910		
1.	9	—	—	9	1067	1176	8
2.	23	1	1	23	3113	3035	12
3.	26	—	—	26	4024	4459	—
4.	13	—	1	14	1238	1657	4
5.	11	—	1	12	426	481	—
6.	44	2	—	42	2578	2923	—
7.	31	—	—	31	1432	1566	3
8.	39	—	—	39	1663	1766	—
9.	35	—	1	36	1540	1720	3
10.	40	1	—	39	2805	2998	3
11.	41	—	5	46	2203	2787	—
<b>Gesamt- bestand</b>	—	—	—	—	215	195	—
<b>Summa</b>	314	4	9	319	22416	24672	28

Der wirkliche Mitgliederbestand ist aber noch höher,  
weil diejenigen Kollegen, die am Quartalschluß sich auf  
der Reise befinden, nicht mitgezählt werden. Aus folgen-  
der Aufmachung geht es deutlich hervor. Eingetretene sind  
im 1. Quartal 3500 mit den Uebertritten aus andern Or-  
ganisationen.

Ausgetreten sind . . . . . 320 Mitglieder  
Gekündigt wegen rückständiger Beiträge . . . . . 428  
Ausgeschlossen auf Grund § 5 des Statuts . . . . . 32  
Gestorben sind . . . . . 66

Summa: 843 Mitglieder

Die Summe der Eingetretenen war . . . . . 3500 Mitglieder  
Abgang . . . . . 843

Bleibt ein Bestand von . . . . . 2747 Mitglieder  
Die Zusammenstellung nach den Quartalsrechnungen  
ergibt aber nur 2256. Wenn wir nun unsere Mitglieder-  
zahl mit 25 000 einsetzen, so ist das wirklich nicht zu hoch  
gegriffen.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist im Vergleich  
zum 1. Quartal um 7 zurückgegangen. Als Grund ist hier  
anzuführen, daß in einer Zahlstelle das Werk bankrott  
gemacht und die Frauen in andern Betrieben sich Beschäf-  
tigung gesucht haben.

Unsere Mitgliederlisten werden genauestens geführt,  
wir machen es nicht wie die Christen, die meistens nur mit  
„runden“ Ziffern antreten. Trotzdem bloß 9 Zahlstellen  
neu gegründet wurden, vermehrte sich im 1. Quartal die  
Mitgliederzahl in so erfreulicher Weise. Was uns vor  
Jahren nicht glückte, in den Zahlstellen die schlechter ent-  
lohten Arbeiter dem Verbands zuzuführen, das ist jetzt  
auf einmal ermöglicht worden. Unser Gewerk-  
schaftsprogramm war früher genau so zu-  
verlässig wie heute, die Agitatoren redeten  
vor vier Jahren genau so vortrefflich wie  
heute, aber es ging doch nicht recht vor-  
wärts. Der Verband hatte die Organisation der Hilfs-  
arbeiter nicht zu erfassen gewußt. Nun, das ist seit Jahres-  
frist bedeutend anders geworden, und unsere Organisation

hat davon glänzend profitiert. Wie imponierend  
und kollegial sieht es aus, wenn beispielsweise in den  
Steinbrüchen jetzt die Parole zum Versammlungsbefuch  
ausgegeben wird, und wenn dann die Steinmehlen, die  
Brecher, Pflasterer, Steintransporteure, Mörtemer, die  
Knadschlager sich ins Versammlungslokal begeben und  
dort gemeinschaftlich ihre wirtschaftlichen Inter-  
essen vertreten. In den letzten Wochen, wo sehr viele  
Tarifabschlüsse zustande kamen, wurden für die Hilfs-  
arbeiter ganz ansehnliche Lohnzulagen  
herausgeholt, meistens 2—3 Pfg. pro Stunde. Das  
sind Erfolge, die sich sehen lassen können, und die dann den  
Anstoß zur erneuten Agitationsarbeit geben. Wie ver-  
bissen halten die Unternehmer an ihrer Meinung fest, die  
Hilfsarbeiterlöhne gehören nicht in den allgemeinen Tarif-  
vertrag! Aber wenn dann die Organisationsvertreter  
der Arbeiter kurz und bündig erklären, ohne Hilfs-  
arbeiterlohnfixierung keine Tarifunter-  
zeichnung, dann geben auch die Unternehmer klein bei.  
Welche Begeisterung herrscht dann in den Versammlungen,  
wenn gesagt werden kann, die Hilfsarbeiterlöhne sind  
tariflich geregelt. Solche Errungenschaften müssen in der  
umfassendsten Weise agitatorisch ausgenützt werden,  
immer stärker müssen unsere Organisationsregimenter  
werden.

Es ist allgemein gewerkschaftliche Erfahrung, daß die  
zähe Kleinarbeit, die wiederholt betriebene Hausagita-  
tion große Erfolge zutage fördert. Da bringt beispiels-  
weise der „Grundstein“ in seiner letzten Nummer einen  
trefflichen Bericht aus der Bauarbeiterzahlstelle See-  
hausen zum Abdruck. Darin heißt es:

Wir hatten es uns nicht nehmen lassen, schon während der  
Wintermonate zu agitieren; denn neben uns liegen noch ver-  
schiedene Orte, wo es noch dunkle Nacht ist. Als der alte Vor-  
stand im September die gute Sache aufgab und sein Amt nieder-  
legte, waren wir 45 Mitglieder in unserm Zweigverein. Schon  
am zweiten Weihnachtstage waren wir im Regenwetter nach  
Limmendorf gefahren. Hier schien es, als wollte es nichts wer-  
den; aber nach viermaliger Hin- und Herbewegung konnten wir die  
ersten Aufnahmen machen. Als wir schließlich dort waren, konn-  
ten wir sogar jetzt haben wir eine gute Zahlstelle.  
Nur in den Orten Wornsdorf und Wilsleben konnten wir nichts  
ausrichten; aber nachgelassen wird nicht, bis wir alle eine sind.  
Auch von denen, die uns während der Ausperrung den Rücken  
kehrten, haben wir schon einige wieder aufgenommen, so daß  
wir jetzt von 45 auf 153 gestiegen sind. Jetzt wird schon ein  
jeder gewahrt, daß ohne Organisation im Leben nichts mehr zu  
vollbringen ist. — Besser kann wohl der Wert einer zähen, un-  
ablässigen und vor keinem Mißerfolg zurückweichenden Agita-  
tionsarbeit nicht dargestellt werden, als in diesem kurzen Bericht  
aus Seehausen geschieht. So muß es überall sein: Sich durch  
keinen Fehlschlag entmutigen lassen, sondern immer wieder mit  
neuer Zuversicht und der Hoffnung auf endliches Gelingen aus  
Werk gehen, dann kann der schließliche Erfolg nirgends aus-  
bleiben!

Die Ortsverwaltungen unseres Verbandes werden  
dringendst ersucht, in den nächsten Versammlungen ein-  
gehend den Punkt zu erörtern: Wie können unsere Mit-  
gliederzahlen weiter gesteigert werden. Ueber kleinliche  
Dinge wird häufig in den Versammlungen Stan-  
denlang debattiert, über die Stärkung unserer Reihen  
wird mitunter kein Wort verloren.

Wenn wir voll unsere Pflicht in agitatorischer Be-  
ziehung tun, so können wir am Jahreschluß 1911 sicherlich  
30 000 Mitglieder mütern.

## Der Kampf um die Selbstverwaltung.

Im Reichstag hat am Donnerstag voriger Woche die  
mit Spannung erwartete Debatte über die Ver-  
waltung der Krankenkassen begonnen, deren  
Ergebnis allerdings von vorneherein feststand. Gegen den  
konservativ-nationalliberalen Scharfmacherblock und  
seinen getreuen Diener, das Zentrum, kommt keine Macht  
der Berechtigung auf. Der Selbstverwaltung der Kranken-  
kassen wird der Strich um den Hals gelegt, möchten auch  
ihre Verteidiger mit Engelszungen reden. Und so kann  
es sich auch für die tapfer kämpfende sozialdemokratische  
Opposition, für die als erster Genosse Eichhorn mit  
einer großen inhaltsreichen Rede in die Schranken trat,  
nur noch darum handeln, die Massen im Lande zum Urteil  
über das schändliche Treiben der Mehrheit aufzurufen,  
nicht diese selbst unzustimmen.

Und in diesem Sinne war der erste Tag der Debatte  
über das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen kein  
verlorener, sondern ein gewonnener Tag. Auch aus den  
entstellten und gefälschten Berichten über die Reichstags-  
verhandlungen, mit denen die bürgerliche Propaganda  
ihre Leser abzuspeisen liebt, wird für jeden halbwegs  
Urteilsfähigen zu sehen sein, daß erstens das sogenannte  
Material der Gegner gegen die Selbstverwaltung mehr  
als dürftig ist, und daß zweitens die Regierung es gar  
nicht wagt, mit ihren wirklichen Absichten offen hervor-  
zutreten.

Für die erste dieser beiden Tatsachen haben die Reden  
der Westarp und Beder, für die zweite hat die Rede  
des Staatssekretärs Dehler den vollgültigen Beweis  
erbracht. Ueber die Methode des konservativen Scharf-  
macherkarren und seines Schildeknappen aus dem  
christlichen Arbeiterlager, mit Klatsch und Ver-  
leumdungen zu operieren, lohnt es sich kaum, ausführ-  
licher zu reden. Die moralische Hinrichtung dieser Leute

wird ja an Ort und Stelle besorgt. Viel interessanter als diese wiedergekauften Broden aus dem Schutze des Reichsverbandes ist die Rede des Staatssekretärs Delbrück, diese vorsichtige, wohl abgewogene, temperierte Rede, die sich mehr wie eine höfliche Entschuldigung anhört, als wie eine der Ueberzeugung entspringende Rechtfertigung. Der Staatssekretär hat die Kadaveranieren des Grafen Westarp nicht nachgeahmt, er hat das Verleumdungsmaterial des Reichsverbandes nicht übernommen, er hat sich auf die etwas lahme Ausrufe beschränkt, daß dort, wo viel Rauch sei, auch viel Feuer sein müsse — ein billiges Sprichwort, auf das man vielleicht mit dem andern antworten könnte: Verleumder tapfer, es bleibt immer etwas hängen; — er hat es aber für seine Person abgelehnt, ein Urteil darüber abzugeben, inwieweit das Material, das zur Begründung der Entrechnungsvorlage herangeholt worden ist, den Tatsachen entspricht. Man sieht aus dieser behutamen Stellungnahme, daß Herr Delbrück zwar die politische Bundesgenossenschaft der Westarp und Beder nicht verschmäht, daß er sich aber doch nicht in ihre moralische Gemeinschaft begeben möchte.

Die ganze Beweisführung des Staatssekretärs ging dahin, zu zeigen, daß das Gesetz „gar nicht so schlimm sei“. Es ist ja nur ein ganz, ganz kleines Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, und wenn die Arbeiter dabei entrechtet werden, so geschieht es doch nur ein bißchen. Ja, werden sie überhaupt entrechtet? Wenn man es durch die richtige Bureaurentrübe betrachtet: Nein! In dieser Manier sprach Herr Delbrück eine Stunde lang, beschönigend, besänftigend, und im Saale verbreitete sich die Stimmung einer Chloroformnarbe. Es tut wirklich nicht weh, verfähert Herr Delbrück immer wieder, und man ist versucht, darauf zu antworten: Ihnen nicht, Herr Doktor!

Und erstaunt muß man sich fragen: In welcher Welt lebt denn dieser Staatssekretär und Stellvertreter des Reichstanzlers? Hat er noch nie von einem Staate gehört, der Preußen heißt, und weiß er nicht, wie dort die Gesetze gehandhabt werden? Wie war es denn mit dem Reichsvereinsgesetz, aus dem man die günstigen Bestimmungen durch die politische Praxis einfach beseitigt, während man aus den Sprachen- und Jugendlichen-Paragrafen der Arbeiterbewegung neue Peitschen klopfte? Das Reichsvereinsgesetz war ein sogenannt liberales Gesetz. Hier aber handelt es sich um ein nahtes Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse, um einen Teil des Programms der Sozialismusbekämpfung, das Herr v. Bethmann Hollweg im Reichstage unter dem Jubel derer um Westarp und Heydebrand verkündet hat! Wie will da Herr Delbrück sich und andern einreden, dieses Gesetz sei ein Ausnahmegesetz, es schädige nicht die Selbstverwaltung, es entrechtete nicht die Arbeiter! Die brutale Offenheit der Junter ist politisch dieser Regierungshöflichkeit bei weitem vorzuziehen!

Hört man die Junter, so weiß man wenigstens, woran man ist. Die Konservativen wollen vor ihrer Niederlage bei den nächsten Wahlen jetzt noch, vor den Wahlen, ihr Mütchen an den Siegern von morgen. Die Reaktion ist heute wie ein toller Hund, der noch einmal beißt, bevor man ihn erschlägt. Und darin liegt das psychologische Geheimnis des festen Zusammenhalts der Mehrheit: es ist die vorweg genommene Revanche, es ist ein elementarer Ausbruch des Hasses gegen die Arbeiter, hervorgerufen durch den Gedanken, daß diese Gelegenheit vielleicht die letzte sein wird. Desto gründlicher wird dann aber dafür auch die Abrechnung sein!

Am Freitag endete im Reichstag die große Debatte über Freiheit und Unfreiheit der Krankentassen. Zuerst sprach der nationalliberale Vertreter von Dresden-Alstadt, Herr Heinze, dessen Wahl den König Friedrich August von Sachsen mit hutenschauer Lust am Jahrhundert erfüllte. Wenn die Rede des Herrn Heinze nicht den Nationalliberalen die Abolition der Heydebrandt einträgt, dann ist ein Stein barmherziger als die Junter. Gehässiger konnte auch Graf Westarp nicht gegen die Rassen wettern; höchstens in der Form bewies der bürgerliche Gerichtsrat, daß das liberale Bürgertum selbst in seiner Verunkenheit etwas Kulturüberlegenheit über die naakte Unkultur ostelbischer Raubritteriprosen besitzt. Sehr bequem machte es sich der folgende Redner, der Stöcker-Schüler Behrens, der mit gleichgültiger Stimme einen kurzen Auszug aus den Ausführungen des ihm an Intelligenz bedeutend überlegenen Beder-Arnberg vortrug. Dann hielt Genosse Robert Schmidt eine wuchtige Abrechnung mit den Entrechtern. Besonders wirkungsvoll war der Vergleich, den unser sachkundiger Traktionsredner zwischen der Nachlässigkeit zog, mit der man den Berufsgenossenschaften alles gestaltet und der Splitterrichterei, die man treibt, um dem Todesstoß gegen die Krankentassen so etwas wie eine Rechtfertigung anzuhängen. Glänzend war auch die Charakteristik der frechen Heuchelei der Junterpartei. Der Pole Kulerski sprach einigermaßen kräftig gegen die Kommissionsbeschlüsse, der freisinnige Cuno sprach zwar auch dagegen, leitete aber seine Ausführungen mit einer Polemik gegen die Sozialdemokratie in schlechtestem Stile des abgewandenen Eugen Richter ein, die ihm wahre Huldigungen von der Rechten einbrachten. Mit überlegenem Humor und äzendem Spott bewies sodann Genosse Heine nochmals die Fadenlosigkeit des gegnerischen Geredes.

Erklärung zu dem Artikel Steinbruchbesitzer als Expreser in Nr. 53 unfres Blattes, Jahrgang 1910. Ich habe mit der unter dieser Ueberschrift veröffentlichten Kritik nicht beabsichtigt, die Herren Steinbruchbesitzer Seifert, Pirchitz und Wolf zu beleidigen und nehme die in dem Artikel enthaltenen beleidigenden Wendungen mit Bedauern zurück.  
A. Staudinger.

## Zur Lohnbewegung in Demitz-Chumitz.

Wer einmal eine Wanderung durch das Granitgebiet Demitz-Chumitz unternommen hat, wird unzweifelhaft zu der Auffassung gelangt sein, daß dies mit eins der größten Granitgebiete in Deutschland sein muß, was auch tatsächlich der Fall ist. Dem Auge des Beschauers bietet sich mächtiges Steinmaterial. Gewaltige Großbetriebe, mit allen technischen Errungenschaften ausgerüstet, haben sich lebhafte gemacht. Die Brüche sind profitabel und scheinen unerschöpflich in der Steingewinnung zu sein. Viele, die diese Brüche in Augenschein genommen haben, werden glauben, daß in solchen modern eingerichteten Be-

trieben auch die Arbeitslöhne so gestaltet sind, daß die Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein führen können. Dem ist aber nicht so; gerade in diesem gewaltigen Granitgebiet, wo 1500 Arbeiter beschäftigt sind, haben es die Unternehmer bisher vortrefflich verstanden, die Löhne so niedrig wie nur irgend möglich zu halten. Wer Gelegenheit gehabt hat, Einsicht in die Lohnstättchen der Arbeiter zu nehmen, wird sofort von der Richtigkeit dieser Angaben überzeugt sein. Dabei ist zu bedenken, daß diese Löhne schon immer dieselben niedrigen sind, trotz der enormen Steigerung sämtlicher Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten. Die Schuld an diesen Zuständen tragen aber die Kollegen zum größten Teil selbst. Obwohl schon seit 15 Jahren eine Zahlstelle unseres Verbandes hier existiert, war die Zahl der Organisierten bis in die jüngste Zeit eine recht minimale, so daß es nicht möglich war, kraft der Organisation andere Verhältnisse zu schaffen. Dieses hat sich aber in letzter Zeit wesentlich geändert; durch unermüdbare Agitation ist es gelungen, auch die hiesigen Kollegen zum größten Teil ihrer Berufsorganisation zuzuführen, wozu auch der Steuerraubzug des schwarz-blauen Blochs auf die Taschen der Unbemittelten einen wesentlichen Teil dazu beigetragen haben mag, so daß nun bereits die Zahl der Organisierten weit über 1000 beträgt.

Unter diesen Umständen glaubten die Kollegen, daß nun auch für sie die Zeit gekommen ist, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln, um nur einigermaßen erträglichere Verhältnisse zu schaffen und der willkürlichen Bezahlung ein Ende zu machen. Aus diesem Grunde reichten sie Anfang März an sämtliche Unternehmer einen auf den bisherigen im Gebiet herrschenden Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgebauten Tarifvertragsentwurf ein, der sich mit den Geschäftsinteressen der Unternehmer sehr gut vereinbaren läßt. Die Unternehmer schienen aber davon sehr wenig erbaut zu sein, trotzdem auch sie eingestehen mußten, daß die Löhne verbesserungsbedürftig sind. Sie versuchten die Sache zunächst dadurch zu vereiteln, daß sie auf verschiedene Arbeiten Lohnzulagen gewährten, wodurch sie zeigen wollten, daß sie ohne jeden Tarifvertrag und nur aus purer Arbeiterfreundlichkeit die Löhne aufbessern. Da sich aber die Kollegen nicht, wie dies früher in der Regel der Fall war, irreführen ließen und auf ihrem Standpunkt beharrten, sollte die Sache so weit in die Länge gezogen werden, daß die Kollegen durch ungünstige Jahreszeit gezwungen waren, davon abzusehen. Da sich aber die Kollegen selbstverständlich dieses nicht bieten lassen konnten, hat auch bei den Unternehmern eine bessere Einsicht Platz gegriffen und sie haben sich nun bereit erklärt, über den eingereichten Tarifvertrag, der nicht nur für Demitz-Chumitz, sondern auch für die umliegenden Zahlstellen, wie Baugen, Bischofswerda usw., Geltung erlangen soll, zu verhandeln. Dadurch wird es nun auch im Lausitzer Granitbezirk dahin kommen, in kurzer Zeit auf friedlichem Wege einen so berechtigten und längst gewünschten Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen, ohne daß dem Wirtschaftslieben großer Volkstreife erst tiefe Wunden geschlagen werden.

## Vom Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe.

Von Magistratsrat P. Wöbling, Berlin.

Angelehnt der Bestrebungen, ein Reichseinigungsamt zu schaffen, wird die Mitteleitung einiger Erfahrungen über eine ähnliche Einrichtung nicht unerwünscht sein, die bereits über das ganze Deutsche Reich mit Ausnahme zweier, allerdings der größten Städte, Berlin und Hamburg, sich erstreckend, seit einigen Monaten in Tätigkeit ist. Wir meinen das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe.

Es handelt sich zwar nicht um eine staatliche Einrichtung, sondern um eine durch Tarifvertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitern geschaffene Institution. Die Einrichtung befriedigt aber ein öffentliches Bedürfnis. Schon der Zusammenhang mit einem nationalen, über ganz Deutschland sich erstreckenden Tarifvertrag veranlaßt zu einem Vergleich mit einem etwaigen künftigen Reichseinigungsamt. Das Zentralschiedsgericht steht im übrigen insofern in einer gewissen Beziehung mit den öffentlichen Einrichtungen des Reichs, als die Unparteiischen, falls die Parteien sich über ihre Person nicht einigen, durch den Staatssekretär des Reichsamts des Innern ernannt werden sollen. Auf Veranlassung des Reichsamts des Innern sind auch die Einigungsverhandlungen eingeleitet worden, die im Jahre 1910 zur Errichtung des Schiedsgerichts führten. Aus Reichsmitteln sind die Kosten bestritten worden. Das Reich hat schließlich die nötigen Räume für das Schiedsgericht zur Verfügung gestellt. Wenn es sich um ein „Schiedsgericht“ handelt und nicht um ein „Einigungsamt“, so liegen doch gewisse Momente vor, die den Charakter eines Gerichts etwas abschwächen: Mitglieder des Gerichts sind neben drei als „Unparteiische“ bezeichneten Personen acht „Vertreter“ der Zentralorganisationen (neben 16 Stellvertretern). Schon einmal hatte im Baugewerbe ein ähnliches, für einen bestimmten Fall eingesetztes Schiedsgericht im Juni 1910 getagt. Dies hatte seine Aufgabe als eines Einigungsamtes im Sinne des Gewerbegerichtsgesetzes aufgefaßt. Damals wurde gesagt, „die Vertreter der einzelnen Parteien haben, obwohl sie gleichzeitig Schiedsrichter waren, ihre Ansprüche genau so klar vertreten, als wenn sie nur Parteien gewesen wären“. Richter und Parteien sind nun aber zwei sich ausschließende Begriffe. Das Schiedsgericht im Baugewerbe hat keineswegs nur Rechtsstreitigkeiten entschieden, das heißt entschieden, ob die eine oder andere Partei im Recht ist, sondern, wie man aus dem Tenor vieler Entscheidungen ersieht, hat es oft nur Grundzüge aufgestellt, die nach Ansicht des Schiedsgerichts in dem betreffenden Falle maßgebend sind, in einzelnen Fällen hat es seinen Spruch ausdrücklich als „grundtätliche Entscheidung“ bezeichnet.

Das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe ist daher vielleicht nicht ausschließlich ein Schiedsgericht im Sinne des zehnten Buches der Zivilprozessordnung, sondern eine Tarifbehörde zwecks Durchführung des Tarifvertrages, womit schiedsgerichtliche Funktionen nicht ausgeschlossen sind — wie solche auch von den Einigungsämtern oft ausgeübt wurden. Ich möchte es aber vermeiden, meine Meinung hier endgültig festzulegen.

Bei dem der Einrichtung des Zentralschiedsgerichts zugrunde liegenden Tarifvertrag machte sich wieder der so oft hervorzuheben Uebelstand bemerkbar, daß die Parteien in den Tarifverträgen zu viel vereinbaren wollen, mehr, als in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit erschöpfend formuliert werden kann. So sind denn auch die Bestimmungen über das Zentralschiedsgericht nur allgemein gehalten, und das Gericht ist deshalb eine erst in der Entwicklung begriffene Einrichtung. Es ist alles im Fluß, wie überhaupt bei den Tarifverträgen. Sie werden, wenn sie eine dauernde Einrichtung bleiben, noch bedeutende Wandlungen durchmachen müssen, sie werden aus Puntationen erst zu klaren Verträgen sich entwickeln müssen, aus deren Wortlaut Leistung und Gegenleistung ohne weiteres und ohne die Zuliffenahme schwieriger juristischer Hypothesen zu ersehen sind. Erfreulich ist, daß das Zentralschiedsgericht seine Geschäftsbildung auf wenige, unbedingt notwendige Punkte beschränkt

hat. Dadurch werden unnütze Geschäftsordnungs-Schulden vermieden, und das Gericht konnte nach seiner konstituierenden Sitzung am 5. und 6. Januar 1911 an die Erledigung der vorliegenden Sachen gehen, deren Zahl in kurzem auf etwa 150 angewachsen war, von denen eine große Anzahl mehrere Einzelfälle umfaßte.

Die Geschäftsordnung schreibt bestimmte Formen und Fristen für die Einlegung der Berufungen von den zweiten Instanzen an das Zentralschiedsgericht vor. Der gesamte Schriftwechsel geht ausschließlich durch die Zentralorganisationen. Berufungen dürfen nur die Vertragsträger (Orts- und Bezirksverbände), nur in besonderen Fällen, ferner bei Fragen grundsätzlicher Art die Bezirks- und Zentralverbände einlegen. Zur Vorbereitung der Verhandlung und zur Veranlassung weiterer Sachaufklärung werden die eingehenden Sachen von mindestens zwei der Unparteiischen vorgeprüft, welche zu dieser Vorgeprüfung Sachverständige hinzuziehen können, die ihnen von den Zentralorganisationen benannt werden. Das Zentralschiedsgericht oder die drei Unparteiischen können die Lösung von Auskunftsfragen beschließen. Ersuchen um Vernehmung richterlicher Handlungen an die zuständigen Gerichte gemäß § 1036 der Zivilprozessordnung sind nicht in Frage gekommen. Die Aufklärung des Sachverhaltes überläßt das Zentralschiedsgericht grundsätzlich den unteren Instanzen.

Nach dem zwischen den Zentralorganisationen am 31. Mai 1910 geschlossenen Vertrage bilden die erste Instanz Schlichtungskommissionen, bestehend aus Arbeitgeber und Arbeitern in gleicher Zahl. Für die zweite Instanz ist außerdem ein „unparteiischer“ Vorsitzender vorgeschrieben, d. h. eine Person, die weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein darf. Eine Einigung über die Person des Unparteiischen ist in einer Reihe von Fällen nicht zustande gekommen. Das Zentralschiedsgericht hat in solchen Fällen die Parteien wegen Ernennung eines Unparteiischen an eine örtliche Behörde, z. B. den betreffenden Oberbürgermeister, verwiesen. Im übrigen sind die Vorsitzenden Stadträte, Gewerbegerichtsvorsitzende, Rechtsanwälte, Bürgermeister, Affektoren usw. Einzelne größere Bezirke, z. B. Rheinland-Westfalen, Mecklenburg, Bismarckberg, haben gemeinsame zweite Instanzen errichtet. Das hat das Zentralschiedsgericht für zulässig erklärt.

Abgesehen von dieser und einigen andern formellen Fragen betrafen die wichtigsten Fälle den Abschluß öffentlicher Verträge, insbesondere der Affordarivverträge, die Abgrenzung der Lohngebiete, Lohnausgleichungen, Begriffe gewisser Arbeiterkategorien, z. B. Erdarbeiter, Bauhilfsarbeiter, Betonarbeiter, Junggefallen, ferner Maßregelungen und schließlich die Errichtung von Arbeitsnachweisen.

Der Tarifvertrag zwischen den Zentralorganisationen, dem Deutschen Arbeitgeberbund, dem Deutschen Bauarbeiterverband, dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands und dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, „Haupttarifvertrag“ genannt, stellt nur einige allgemeine Regeln auf. Die Regelung der Arbeitsbedingungen, insbesondere von Lohn- und Arbeitszeit, ist Verträgen zwischen den örtlichen Organisationen überlassen, und neben diesen örtlichen Verträgen sind weiter örtliche Affordarivverträge vorgegeben, welche innerhalb sechs Wochen nach Abschluß der allgemeinen örtlichen Verträge vereinbart werden sollten — wie die Zentralorganisationen der Arbeiter annehmen, nur da, wo Affordarivverträge üblich sind und wo die Arbeiter es verlangen. Sie stützen sich dabei auf die Begründung des Vorschlags für den Hauptantrag durch die drei Unparteiischen im Mai 1910. Bis Mitte Januar waren nun etwa 350 örtliche Verträge abgeschlossen und von den Zentralorganisationen genehmigt worden. Es steht aber noch eine große Anzahl von Vertragsabschlüssen, wohl mehrere Hundert, aus. Nachdem nun die an das Zentralschiedsgericht gelangten Streitpunkte entschieden sind, darf der weitere Vertragsabschluß überall da erwartet werden, wo örtliche Verbände bestehen. Wo eine Ortsgruppe des Arbeitgeberbundes nicht besteht, ist nach einer Entscheidung des Zentralschiedsgerichts der Vertragsabschluß mit einzelnen Arbeitgebern zulässig. Es tauchten bei den vorliegenden Streitfällen, abgesehen von den aus der Auslegung des Vertragstextes sich ergebenden Fragen, so ziemlich alle aus der wissenschaftlichen Erörterung des Tarifvertrages bekannten Streitpunkte auf. Man konnte aber unmöglich gleich im Anfang der Tätigkeit des Gerichts eine Lösung der vorliegenden wissenschaftlichen Streitfragen erwarten. Immerhin wird man aus einer Reihe von Entscheidungen eine weitere Klärung des Tarifrechts entnehmen können. Es zeigte sich überall, daß man sich auf einem noch unbedackten Boden befand.

Nach dem Hauptvertrage haben sich die Zentralorganisationen verpflichtet, ihren ganzen Einfluß einzusetzen, um den Vertrag durchzuführen, also auch den Abschluß der örtlichen Verträge herbeizuführen. Fügt sich eine Partei den endgültigen Entscheidungen der Tarifinstanzen nicht, so soll die andere das Recht haben, vom Vertrage zurückzutreten. In den sogenannten Dresdener Schiedsrichtern ist ferner gesagt, daß, wenn an einem Orte ungenügend alle Bemühungen der Zentralorganisationen ein Vertrag nicht zustande kommt, die Gegenpartei dann „volle Handlungsfreiheit“ haben soll. Diese wichtigen Bestimmungen sind bisher für das Zentralschiedsgericht noch nicht praktisch geworden. Zu entscheiden war nur die Frage, welche Instanz über die Handlungsfreiheit zu befinden hat.

Den Begriff der Maßregelung hat das Zentralgericht zu definieren gesucht. Dies war dringend nötig, weil die Maßregelung eine sehr wichtige Rolle auf dem Gebiete der Tarifverträge spielt, ohne daß bisher ernstlich eine feste Umgrenzung dieses Begriffes versucht worden wäre.

Die Arbeitsnachweise sind beim Vertragsabschluß im Jahre 1910 ausdrücklich von der Regelung ausgeschlossen worden. Das Zentralschiedsgericht hat deshalb entschieden, daß die Parteien die gegnerischen Arbeitsnachweise bekämpfen dürfen, nur darf der Kampf nicht gegen den Tarifvertrag verstoßen, das heißt insbesondere, daß Streiks und Aussperrungen zur Bekämpfung von Nachweisen nicht angewendet werden dürfen.

Das Schiedsgericht erledigte die vorliegenden Sachen in zwei Sitzungsperioden von je drei Tagen, mehreren Sitzungen der Vorkommission und Besprechungen. Weitere Arbeit verurteilte die Absehung der Entscheidungen, die sämtlich mit einer kurzen von der Gesamtheit der Schiedsrichter unterzeichneten Begründung versehen wurden. Die Sitzungen dauerten von morgens 9 oder 10 bis abends 9 bis 11 Uhr. Außer den ordentlichen Mitgliedern waren eine Reihe von Stellvertretern als Zuhörer bei den Beratungen zugegen, so daß diese jederzeit bei Behinderung eines Mitglieds einspringen konnten. Es wurden über 180 Erkenntnisse gefällt und größtenteils wenige Tage nach der Sitzung an die Zentralorganisationen zugestellt.

Trotz aller der Einrichtung noch anhaftenden Mängel hat sich das Zentralschiedsgericht als arbeitsfähig erwiesen. Seine Verhandlungen beweisen den engen Zusammenhang des Einigungs-wesens mit der Rechtsprechung. Sie zeigen, daß schon in einem einzigen Gewerbe reichlich Stoff für eine zentrale Instanz vorhanden ist. Man bedenke, daß noch zentrale Instanzen für die Buchdrucker, das Malergewerbe und die Holzbearbeitungsgewerbe und eine Reihe kleinerer Gewerbe auf beschränkteren räumlichen Gebieten bestehen. Unmöglich wird künftig mit annähernd gleicher Schnelligkeit gearbeitet werden können, wie es diesmal mit Rücksicht auf die Notlage der Verhältnisse geschehen ist.

Das Schiedsgericht ist zwar keine öffentliche Behörde, aber es erfreut sich amtlicher Unterstützung, wie auch sonst derartige zentrale Einigungs- und Schiedsgerichtsstellen fast ausschließlich mit amtlicher Unterstützung oder doch wenigstens mit Hilfe solcher Personen durchgeführt wurden. Eine Stütze finden derartige Aktionen auch in den Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes über das Einigungsweesen und in der Zivilprozessordnung. (X. Buch.)

Es war hier nicht der Ort, kritisch auf die Rechtsfragen einzugehen, die durch den vereinbarten Abschluß vermomdungsrechtlicher Ansprüche gegen die Organisationen eine namentlich im

Sinbild auf § 153 der Gewerbeordnung bedenkliche Komplifikation erfahren haben. Der Hinweis darf aber nicht unterlassen werden, daß eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge sowie des zentralen Einigungsweises und auch wohl eine Vereinheitlichung der Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag durch Schaffung einer höchsten Instanz im Auge behalten werden muß. Käst sich das Reich hier die Führung aus der Hand nehmen, so wird eine spätere Regelung auf vermehrte Schwierigkeiten stoßen. Den Schaden hat dann nicht nur das Gewerbe, sondern die ganze Nation zu tragen, wie das im Frühjahr 1910 bei dem lawinenartig immer weitere Kreise bedrohenden Kampf im deutschen Baugewerbe uns deutlich vor die Augen getreten ist.

Soziale Praxis.

## Korrespondenzen

**Arnsdorf (D.-L.)** Am 11. Mai fand im Verbandslokal bei Gollmer-Döbichitz unsere Monatsversammlung statt. Der Besuch war ein sehr schlechter. Die Anwesenden erlitten den verstorbenen Kollegen Karl Kulte in üblicher Weise. Es wurde den Kollegen aufgegeben, in jedem Betriebe einen Statistiker zu wählen. Im Winter berichteten wir, daß die Firma Bauer ihren Arbeitern einen Tarif angeboten hatte. Die Vertreter der Arbeiter sind mit dem genannten Herrn in Verbindung getreten und ist auch ein Tarif zustande gekommen. Von Verbesserungen kann ja allerdings nicht viel gesagt werden, aber es ist doch wenigstens eine Grundlage. Da der Tarif auch für die anderen Betriebe Geltung haben soll, so sind von den Kollegen dort Unterhandlungen angeknüpft worden. Es ist jedoch noch nicht zum Abschluß gekommen.

**Berlin.** Wie bereits berichtet, war die Propaganda für die Arbeitsruhe am 1. Mai von großem Erfolg begleitet. Dieser Erfolg wurde auch durch die ein- bis viertägige Aussperrung des Verbands der Steinmetzgeschäfte nicht getrübt. Nur widerwillig kamen einzelne Geschäfte dem Aussperrungsbeschlusse nach, viele kehrten sich überhaupt nicht an denselben. Der beste Beweis ist der, daß von über 700 feiernden Mitgliedern nur 258 ausgesperrt waren, davon 20 nur einen Tag. Die nächste Maßnahme wird den Unternehmern die Lust zur Aussperrung vorausichtlich gänzlich nehmen. Willige Arbeitsruhe sei schon heute die Parole, nach welcher wir unsere nächstjährige Matagitation zu betreiben haben. Bis dahin muß es uns gelingen, auch den wenigen Außenseitern das Rückgrat zu steifen. Es genügt nicht, ihnen lediglich die Stärkung des Maitfonds zur Pflicht zu machen (die Versammlung beschloß, die Aussperrten pro Tag mit 3 Mk. zu unterstützen und die am 1. Mai Arbeitenden zur Zahlung von mindestens 2 Mk. in den Maitfonds anzuhalten), sondern sie von dem Wahne der Eigenbrödelei freizumachen und zu nützlichen Gliedern der Allgemeinheit zu erziehen. Hierzu bedarf es weder eines Terrorismus, wie er sich diesmal auf der Unternehmerseite zeigte (die Firma Better L.-G. wurde noch am letzten Tage der Aussperrungsfrist gezwungen, sich dem Aussperrungsbeschlusse zu fügen) noch eines besonders großen Anspruchs von finanzieller Opferwilligkeit. Nur etwas Mut und Selbstbewußtsein gilt es den Jagdpartei einzuflohen. Das gute Beispiel der 700 Maitkämpfer dieses Jahres wird seine erzieherische Wirkung sicher nicht verfehlt haben.

„Nur der verdient die Freiheit und das Leben,  
Der täglich sie erobert.“

Selbst in inorganisierten Kreisen regt es sich. Schon einige Male hatten wir Gelegenheit, in sogenannte wilde Streiks einzugreifen zu müssen. Zuerst sind es die Kollegen der Firma Friedrich Breitzkreuz, Grabsteingehäuse in Rixdorf, welche, unter dem Einfluß der günstigen Konjunktur zum Bewußtsein ihrer Stärke gekommen, einmütig die Arbeit niederlegten, sich dem Verband angeschlossen und diesen mit der Vertretung ihrer Interessen betrauten. Die Folge ihres Vorgehens war nach 1½-tägiger Arbeitsruhe die Anerkennung des Tarifs. Ob der Erfolg zu einem dauernden führen wird, hängt von dem ferneren Verhalten der Kollegen ab, doch steht zu erwarten, daß mit dem Selbstbewußtsein auch die Einsicht bei den Kollegen Platz gegriffen hat, daß nur der Verband die Einhaltung des Tarifs verbürgt. Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit noch, daß es sich in diesem Falle um die Firma handelt, deren Chef unsern Vertreter im vorigen Jahre mit Tätschkeiten bedrohte, als er wegen Anerkennung des Tarifs vorstellig wurde.

**Eisenach.** Seit dem 1. April standen die hiesigen Kollegen auf Platz Conradus in Unterhandlungen mit dem Unternehmer, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Wie bekannt, war auf demselben Platz noch kein Tarif vorhanden und es wurde 1907 schon einmal deswegen die Arbeit niedergelegt, um einen Tarif zustande zu bringen. Die Arbeit wurde aber nach vierwöchiger Dauer durch die Bankrottigkeit der Kollegen wieder aufgenommen. Es wurde dem Unternehmer am 1. April ein Tarif zugesandt, um denselben anzuerkennen. Er hielt aber den Tarif nicht für reichhaltig genug und erklärte, denselben weiter auszubauen und der Kommission am 24. April vorzulegen, was auch geschah. Die Kommission sah den Tarif durch und fand, daß bei verschiedenen Positionen eine Verbesserung notwendig war. Es fand am 29. April eine Unterhandlung statt, bei welcher einige Verbesserungen vorgenommen wurden. Am selben Abend wurde eine Versammlung einberufen; in derselben sprachen sich die Kollegen dahin aus, daß noch eine Unterhandlung stattfinden sollte in Anwesenheit des Kollegen Hugo Walther. Dieselbe fand am 3. Mai statt und wurden noch einige Kleinigkeiten erzielt. Beim Stundenlohn erhielten die Kollegen für dieses Jahr eine Zulage von 3 Pfg., für nächstes Jahr 1 Pfg.; die Akkordarbeiten wurden um 15 Prozent erhöht und erklärten sich die Kollegen damit einverstanden. Der Tarif wurde bis 1. Mai 1913 abgeschlossen. Den Kollegen ist vor allem zu raten, sich ihrer Organisation fester anzuschließen und die Versammlungen pünktlich zu besuchen, um ihre Interessen zu jeder Zeit vertreten zu können.

**Frohburg.** Die am 7. Mai in Rohnen abgehaltene Monatsversammlung der Zahlstelle Frohburg war leider schwach besucht. Zum 1. Punkt gab der Kassierer Bericht über die Abrechnung vom 1. Quartal. Die Richtigkeit bestätigten die Revisoren. Alsdann wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Beim 2. Punkt gaben die Delegierten von der letzten Kartellsitzung Bericht. Durch Abreise des Schriftführers und 2. Vorsitzenden mußte zu einer Neuwahl geschritten werden. Als Schriftführer wurde Max Krönert und als 2. Vorsitzender Bruno Laubert gewählt. Weiter wurde beschlossen, dem Kassierer jährlich eine kleine Entschädigung für seine Mühe zu gewähren. Hoffen wir, daß bald alle fernstehenden Kollegen den Weg zur Organisation finden mögen.

**Gefrees.** Am Sonntag, 30. April, tagte hier eine Steinarbeiterversammlung. Der Kassierer erstattete den Kassierenbericht vom 1. Quartal, welcher von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Hierauf wurde über die in Schwarzenbach stattgefundene Bezirkskonferenz Bericht erstattet. Nach kurzer Diskussion wurde zur Wahl eines Vorsitzenden und Kassierers geschritten. Verschiedene Kollegen verlangten Aufschluß über die Gründe, betreffs Niederlegung ihrer Ämter von der bisherigen Verwaltung. Als dies erfolgte, entspann sich eine lebhafteste Diskussion, die allerdings nicht sachlich war. Verschiedene Kollegen glauben berechtigt zu sein, wenn es einmal lebhaft zugeht, auch noch veraltete Stänkerei an das Tageslicht ziehen zu können. Dieses Gebaren der betreffenden Kollegen führte dazu, daß der Versammlungsleiter die Versammlung schloß, ehe noch die Tagesordnung erledigt war. Zuvor gab Kollege Bedal noch eine Erklärung ab, daß er die Geschäfte der

Zahlstelle weiterführt. Auch wurde von verschiedenen Kollegen verlangt, daß ein Zentralvorstandsmittglied in der nächsten Versammlung anwesend ist.

Es ist traurig, daß sich hier die Uneinigkeit so breit macht. Wir dienen momentan mit dieser Zersplittertheit nur den Interessen der Unternehmer. Wir müssen uns als Verbandsmitglieder in der gesamten Öffentlichkeit schämen, wenn der Vorsitzende wegen der stattgefundenen tumultuarischen Szenen die Versammlung schließen mußte. Hoffentlich ist die nächste Versammlung massenhaft besucht.

**Höchst (Odenwald).** Am 30. April fand in Sandbach eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Arnold aus Mannheim als Referent erschienen war. Arnold bewies in seinem Referat, wie notwendig es sei, sich zu organisieren. Aber die uns noch fernstehenden Kollegen von Höchst und Sandbach haben es nicht für notwendig gehalten, in dieser Versammlung zu erscheinen. Wenn auch die Agitation schwer fällt, so muß es doch gelingen, auch diese Kollegen in unsere Reihen zu bringen. Hat sich doch die Zahlstelle die paar Kollegen mit großer Mühe erhalten; wir haben in einem Zeitraum von wenigen Wochen 53 Mitglieder neugewonnen. Ein Beweis, daß sich die seitherige Agitation doch gelohnt hat. Aber auch manche Schwierigkeit und sogar Schaden wird den Kollegen beim Ausüben der Agitation von seiten der Unternehmer zugefügt. Dies beweist wieder einmal der nachstehende Fall: Ein armer Kollege, der schon vieles für den Verband geleistet und noch heute frei, mit der Sprache herausrukt, was natürlich seinem Arbeitgeber nicht paßt, mußte dies am Zahltagsschluß mit einer Lohnreduzierung von ungefähr 14 Mk. büßen. Hier wäre es am Platze gewesen, wenn sämtliche Kollegen diesem Unternehmer die Nadel vor die Füße geworfen hätten. Denn wer weiß, ob er nicht schon einen zweiten ins Auge gefaßt hat, den er beim nächsten Zahltagsschluß auf diese oder andere Weise hinaussekelt. Aber trotz den Machinationen werden wir nicht zurückschrecken, und in absehbarer Zeit wird auch der letzte Mann organisiert sein.

**Kamenz.** Am 7. Mai fand eine Steinarbeiterversammlung statt, die gut besucht war. Genosse Langer sprach in geschickter Weise über den Nutzen und Zweck der Organisation. Eine nette Anzahl Kollegen ließ sich in unsern Verband aufnehmen. Interessant war die Debatte, an welcher mehrere Kollegen teilnahmen. Hauptgegenstand wurde der Weilandische Betrieb (Marzlagbetrieb) in einer Weise geschilbert, die zeigte, daß manches gebessert werden muß. Die Bedürfnisanstalten sind so mangelhaft, daß die Arbeiter, wenn sie nicht in gesundheitliche Verlegenheit geraten wollen, das Freie aufsuchen oder den Wald. Wo bleiben hier die Bundesratsbestimmungen? Lohnabzüge sind hier an der Tagesordnung. Alle Kollegen waren einverstanden, am Sonntag, den 21. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zum Löwen eine öffentliche Versammlung abzuhalten, in welcher Kollege Staudinger referieren soll. Jeder will dafür Sorge tragen, die Inorganisierten zu dieser Versammlung heranzuholen und unsern Verband zuzuführen.

**Oberstreu.** In dem Oberstreuter Betriebe der Firma Kulmig geht es noch sehr bunt her mit dem Einstand geben. Kommen z. B. Kollegen zugerufen, um nach Arbeit anzufordern und werden eingestellt, so müssen sie sofort Einstand geben. Weigern sie sich, so wird ihnen kein Platz gewährt und auch nicht geholfen. Es wurde beispielsweise im Sudenrecht geäußert, ob der neu angefangene Kollege schon Brüderbranntwein gegeben hätte, weil er die Kollegen „buzen“ würde. Sagen aber andere Kollegen, daß der Brüderbranntwein nicht nötig wäre, sondern die jugendlichen Kollegen aufzuillären sind, so kann man die größten Grobheiten hören. — Am 29. April wurde auch im Sudenrecht über die Matfeier abgestimmt. Das Ergebnis war: Der 1. Mai wird gefeiert, und es wurde sofort im Kontor diese Ansicht vorgebracht. Es wurde uns aber bekanntgegeben, nachmittags noch ein Sudenrecht abzuhalten, wo auch der Werkmeister zugegen war. Es wurde der Beschluß, den 1. Mai zu feiern, leider wieder umgestoßen und gearbeitet. Zum Schluß machte ich die Kollegen noch auf den Artikel in Nr. 17: Die Matfeier, aufmerksam. Vielleicht sind die Kollegen nächstes Jahr anders gekommen.

**Pilgramsreuth.** Bereits acht Jahre sind verflossen, seitdem sich die Steinarbeiter von Pilgramsreuth und Rehau in derselben Situation befanden wie in gegenwärtiger Zeit, nur daß damals der Stundenlohn um 3 Pfg. niedriger war, also 33 Pfg. betrug. Jetzt, nach dem abgelassenen Tarif, betrug der Stundenlohn für Dreher 36 Pfg. Die Arbeitszeit beträgt im Sommer 10 und im Winter 8 Stunden. Bemerkenswert ist noch nebenbei, daß morgens und abends je ¼ Stunde zum Arbeitsplatz zu laufen ist. Die Steinmetzen müssen das ganze Geschirr selbst stellen und selbst säubern lassen, was alljährlich einem jeden Kollegen 50 bis 60 Mk. kostet. Die Lebensmittelpreise sind denen der Großstadt voll und ganz angepasst, mit Ausnahme der Mieten. Wenn unsere Herren Unternehmer ein wenig offen und ehrlich sein wollten, so müßten sie doch zugeben, daß unter den bestehenden Verhältnissen eine momentane Lohnzulage hier unbedingt notwendig ist; aber nichts von dem bei unsern Unternehmern. Ihr Prinzip war anfangs, bei unfrer Tarifkündigung uns wieder wie vor zwei Jahren zu hinterlegen und diesmal nichts zu bewilligen, für nächstes Jahr hätten sie 1 Pfg. zum Stundenlohn und 5 Prozent für den Akkordtarif übrig. Ihre Argumente, die sie anführen, sind schon von jeher jedesmal dieselben wie heute: schlechte Geschäftskonjunktur, zu starke Konkurrenz, zuviel Unkosten für Fracht von den Brücken bis zur Bahn usw. In manchen ihrer Angaben mögen sie ja recht haben, aber müssen denn das direkt die Arbeiter allein tragen? Ueberall hier im Fichtelgebirge, wo Tarife abgeschlossen wurden, hörte man von jedem Unternehmer allgemein die Klage, daß gerade die Kalkulationsbedingungen des Herrn Heinrich in Rehau immer die schlechtesten sind, daß sie mit Heinrich nicht konkurrieren können und daß es dringend notwendig ist, hier in Pilgramsreuth und Rehau bessere Lohnverhältnisse zu schaffen, um Herrn Heinrich zur besseren Kalkulation zu veranlassen. Im übrigen glaubten unsere Herren Unternehmer nicht, daß wir diesmal zum letzten Mittel, zum Streik, greifen würden, denn schon vor Wochen machten sie oft Kollegen gegenüber die höhnische Bemerkung: Was nützt euch denn der Verband, ihr dürft ja doch nicht streiken. Glaubt ihr denn, eure Leitung hat für euch Geld übrig usw. Ja, ihr Herren Unternehmer, der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands hat schon Mittel, die Kollegen in Pilgramsreuth und Rehau zu unterstützen und ihnen zu besseren Lohnverhältnissen zu verhelfen. Der Stundenlohn in sämtlichen umliegenden Dörfern ist für Maurer 45 bis 48 Pfg. und für Steinarbeiter in Pilgramsreuth und Rehau beträgt er 36 bis 38 Pfg. Da muß doch jeder Late einsehen, daß unsere Lohnforderung berechtigt ist.

**Peilau.** Am 30. April fand hier im Lokal des Herrn Karfunkle eine allgemeine Steinarbeiterversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Zu Punkt 1 gab Kollege Glazel den Kassierenbericht vom 1. Quartal 1911. Es bleibt ein Kasseebestand von 556.83 Mk. Die Abrechnung war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden und es wurde auf Antrag dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann erhielt Kollege Müller Striegau das Wort zu seinem Referat. Müller führte den Anwesenden in martigen Worten den ganzen Entwicklungsgang der freien Gewerkschaften vor Augen und wies dabei vortrefflich nach, daß es eben heute eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht mehr gibt. Die Zeiten sind endgültig vorbei, in welchen Meister und Gesellen in friedlichem Einvernehmen miteinander lebten. Es wurde auch des sechsjährigen Bestehens unserer Zahlstelle gedacht und den Kollegen in kurzen Worten die erzielten Erfolge vor Augen geführt, was allgemein anerkannt wurde. Die Kollegen gelobten, auch fernerhin fest und treu zu ihrer Organisation zu halten, welche die einzige Gewähr bietet, das bisher Erreichte festzuhalten, event. weitere

Fortschritte zu machen. Nach einer kurzen und sachlichen Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

**Pirna.** Der Streit bei der Firma Gebr. Israel (Inhaber Hagen u. Panke) dauert ununterbrochen fort. Zuerst sind sechs Arbeitswillige dort tätig. Die Namen dieser Hausbreiter sind: Lindner, Mende und Lotte aus Dorf Wehlen; Leonhardt aus Zeitz; Kiesler, von Beruf Müller, aus Arnsdorf. Daß die Firma mit diesen zusammengewürfelten, ungelerten „nützlichen Elementen“ ihren Betrieb auf die Dauer aufrecht erhalten kann, ist anzuschließen. Meister Eißold gibt sich alle erdenkliche Mühe, diesen Helfern in der Not die Anfertigung von Mühlsteinen beizubringen; wahrscheinlich glaubt er, sich für später einen tüchtigen Stamm „zuverlässiger“ Arbeiter daraus zu erziehen. Auch Herr Bruchmeister Paul in Lohmen ist allem Anschein nach recht rührig in der Vermittlung Arbeitswilliger. Seinen Bemühungen hat es die Firma zu danken, daß die vier Erstgenannten dem Betriebe zugeführt wurden. Hoffentlich vergißt die Firma nicht, sich ihm erkenntlich zu zeigen. Herr Paul scheint übrigens recht sonderbare Begriffe von der modernen Arbeiterbewegung zu haben, da er der Meinung Ausdruck gab: wenn die Mühlensteinarbeiter Hunger haben, werden sie schon wieder zu arbeiten anfangen.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Firma verjagte, den schon seit zehn Jahren bestehenden Lohnsatz ganz bedeutend herabzusetzen. Daß die Mühlensteinarbeiter und auch der Steinarbeiterverband dies nicht ruhig hinnehmen konnten, ist wohl angeichts der von allen Seiten auf den Arbeiter drückenden Lasten erklärlich. Aber so wollen es die Herren Unternehmer: ihren Profit steigern, den Arbeiter aber soll der Hunger treiben, für jeden Lohn sich dem Unternehmer auszuliefern.

An die Arbeiter von Lohmen und Wehlen richteten die Mühlensteinarbeiter die Bitte, dahin zu wirken, daß das Verben des Herrn Paul vergeblich wird. Die Verhältnisse liegen für die Streikenden günstig und wenn der weitere Zuzug „nützlicher Elemente“ unterbleibt, dürfte die Firma bald einsehen, daß es besser ist, mit ihren früheren Arbeitern Frieden zu schließen und die früheren Löhne weiter zu zahlen. Daß dies möglich ist, hat der frühere Besitzer bewiesen, und er ist noch in verhältnismäßig kurzer Zeit reich dabei geworden.

Auch bei der Firma D. S. u. Co. ist Zuzug fernzuhalten, da auch die Kollegen dieser Firma im Streit stehen.

**Strehlen.** Herr Schall macht wieder Abzüge. Am 8. Mai fand nun eine stark besuchte Steinarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Müller Striegau ein meisterhaftes Referat hielt. Folgende Resolution fand Annahme: „Die am 8. Mai im Herbstischen Lokal tagende Steinarbeiterversammlung protestiert ganz entschieden gegen den ungerechten Lohnabzug der Dreher. Sie erwartet, daß Herr Schall seine Arbeiter etwas höher einschätzt, und ihnen in der Bezahlung etwas mehr Entgegenkommen zeigt. Der Beruf eines Drehers ist ein derartig anstrengender und aufreibender, daß es kaum gerecht sein dürfte, wenn man demselben die ohnehin schon nicht hohen Löhne durch Abzüge kürzt. Sie erwartet ferner, daß Herr Schall in Betracht zieht, daß es lauter Familienväter sind, welche auch Frau und Kinder zu ernähren haben, und es gerade nicht schön aussieht, wenn dieselben hungrig und notdürftig gekleidet auf der Straße herumlaufen. Auch ist der schlechte Gesundheitszustand der Strehleiner Steinarbeiter zum größten Teil auf Unterernährung zurückzuführen, und eine Lohnreduktion heißt für uns Arbeiter: den Schmachtriemen noch enger schnallen. Wenn man nun dieses alles zusammenzieht und vom menschlichen Standpunkte aus betrachtet, so dürfte wohl Herr Schall, soweit wir ihn kennen, uns seine Zustimmung kaum versagen und uns den seinerzeit reduzierten Lohn zurückerstatten. Nur dann wird es uns möglich sein, den Frieden zu erhalten. Deswegen protestiert die Versammlung gegen alle die ungerechten Maßnahmen, welche aus Anlaß der Matfeier von der Firma angeordnet sind.“ Die Versammlung nahm im übrigen einen glänzenden Verlauf.

**Ströbel.** Auch wir Steinarbeiter von Ströbel sind gezwungen, die Zustände in unsern Bruchgebieten etwas zu beleuchten. Es ist da hauptsächlich die Firma Steinrich u. Delsner, welche mit den Arbeitern recht eigenartig umspringt. Die Herren verlangen von denen, welche in Arbeit treten, daß sie dem königstreuen Arbeiterverein (eine Art gelber Verein), welchen sie vor etlichen Jahren gegründet haben, beitreten sollen. Wer dies nicht tut, weiß auch schon, woran er ist, da er doch bei Schall keine Arbeit erhält durch ihr einmütiges Bündnis. Wenn wir aber die Sperre verhängen, paßt das diesen Herren auch nicht. Auch hat die Firma eine Kantine eingerichtet, in der die Arbeiter ihre Getränke und Wurst holen sollen, da das Durstmitbringen für andre, wie es früher war, verboten ist. Der Alkohol spielt in Ströbel bei vielen Kollegen leider noch eine große Rolle. Sonntags und abends wird auch noch fleißig geschuftet, denn vor kurzen sagte ein Arbeiter: „Ich muß Sonntags arbeiten, sonst muß ich hungern.“ Wo bleibt aber hier der Herr Gewerbeamt? Wie mag es mit der Konzeption stehen, daß so viel Fusel in der Kantine verkauft wird? Gerade in diesem Betriebe herrscht die Vorliebe zum Einstellen von Oesterreichern aus der Gegend von Gmünd. Wenn man diese Leute sieht, kann man sie nur bedauern. Aber hört man dieselben, so schimpfen und räkonnieren sie über die schlechten Verhältnisse, und doch holen sie selbst noch ihre Kollegen nach hiesiger Gegend. (Die Ströbeler Firmen sind ja auch für einen schwebischen Pflastersteinpol, aber sie beschäftigen mit Vorliebe ausländische Arbeiter. Das ist ja eine sonderbare Stellungnahme. Die Redaktion.) Auch der Betriebsleiter Keller bei Schall verbietet jetzt das Verteilen des „Steinarbeiter“ auf dem Platze. Hoffentlich werden dies die Kollegen, bei Schall nicht so hinnehmen und werden ihn weiter verteilen, worüber schon gesprochen wurde, da fast sämtliche Kollegen dem Verbands angehören.

**Wurzen.** Am Montag, den 8. Mai, tagte im Gasthof zu Süptitz eine öffentliche Steinarbeiterversammlung. An Stelle des pöthlich erkrankten Genossen Müller hielt Kollege Siebold den angelegten Vortrag: Matfeier, Arbeiterschaft, Unternehmertum. Das Referat wurde beifällig aufgenommen. Dann erstattete der Versammlungsleiter Bericht über die Entlassung des Vorsitzenden der Zahlstelle. Als vor nicht langer Zeit die Frage der Matfeier an die Gewerkschaften herantrat, wurde im Gewerkschaftskartell einstimmig beschloffen, an die Unternehmer die Forderung zu richten, daß sie den 1. Mai ganz oder für einige Stunden des Tages freigeben. Auch die Steinarbeiter hatten daraufhin den Beschluß gefaßt, den Versuch zu unternehmen, damit wenigstens einige Stunden früher die Arbeitsstelle verlassen werden könne. Doch die Unternehmer antworteten auf die schriftliche Anfrage nicht. Herr Zachmann erklärte, wer den 1. Mai feiern will, möge es am Sonntag tun; sollten seine Arbeiter trotzdem feiern, dann schließe er seinen Betrieb auf eine Woche. Die Steinarbeiter einigten sich nun dahin, die angelegten Abendfeiern vollständig zu besuchen. Der Vorsitzende, Kollege Kregschmar, fragte am 1. Mai den Bruchmeister um Erlaubnis und arbeitete bis Vesper. Andern Tags wurde er daraufhin entlassen. Dieser Kleinliche Entlassungsgrund paßt gar nicht zu dem Verhalten des Unternehmers Zachmann vor einigen Wochen. Als die Arbeiter einige Veränderungen in dem Entlohnungssystem verlangten, unter anderem die freie Stellung des Pulvers, da lehnte Herr Zachmann diese ab und machte dabei dem Vorsitzenden der Zahlstelle das Angebot einer Bruchmeisterstelle; dieser lehnte das bei der damaligen Situation merkwürdige Ansuchen ab und jetzt wird der Betreffende wegen ganz geringer Ursache auf die Straße gesetzt. Wie gesagt, die beiden Handlungen ergänzen sich nicht. Ober

war die Anbiederung der Bruchmeisterstelle auf andre geheime Wünsche zurückzuführen? — Die Versammelten nahmen eine Resolution an, in der ihre Auffassung von der Sache dargelegt ist. Die Organisation geht trotzdem vorwärts im hiesigen Bezirk. Nachdem noch einige Kollegen örtliche Angelegenheiten besprochen und Kollege Siebold sein Schlusswort für die künftige Mitarbeit in der Organisation ausklingen ließ, war Schluss der Versammlung.

## Rundschau.

### Der deutsch-schwedische Handelsvertrag und die deutsche Hartsteinindustrie.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt zum deutsch-schwedischen Handelsvertrag:

Einer Mitteilung in der Presse zufolge haben die Verbände der Deutschen Hartsteinindustrie geglaubt, dadurch ihren Interessen zu nützen, daß sie in einer Eingabe an den Reichstag den Ausführungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 3. d. M. über den neuen deutsch-schwedischen Handelsvertrag „krasse Unrichtigkeiten“ und den am Abschluß dieses Vertrags beteiligten gewissen Unterhändlern „gänzliche Kenntnislosigkeit“ vorwerfen. Auf die Eingabe im einzelnen einzugehen, wird der parlamentarischen Beratung des neuen Handelsvertrags vorbehalten sein. Es muß indessen schon heute festgestellt werden, daß die Ausführungen des Verbands, soweit sie durch die Presse bekannt geworden sind, in wesentlichen Punkten in unhaltbarem Widerspruch stehen sowohl mit den bisherigen Behauptungen von Vertretern der Hartsteinindustrie wie auch mit den amtlichen Nachrichten der deutschen Handelsstatistik. Auch sind in der Eingabe die derzeitigen deutschen Zollbestimmungen teilweise unrichtig wiedergegeben. Eine zutreffende Beurteilung der Verhältnisse und eine ausreichende Würdigung der durch den neuen Handelsvertrag für unsere Steinindustrie auf weiten Gebieten bewirkten Besserstellung wird durch die Eingabe nicht ermöglicht.

Die Hartsteinindustriellen haben wirklich Recht, wie sie vom Organ des Reichsanwalters abgefertigt werden. Diese Eingaben müssen ja sonderbar zusammengeklappelt sein, wenn den Hartsteinindustriellen in einer so kritischen Form mitgespielt wird. Uns ist kürzlich eine Eingabe zu Gesicht gekommen, über die darin enthaltenen Angaben waren wir einfach baff. Die Hartsteinindustriellen mögen sich den Spruch merken: **Wazu schwarz macht schwarz.**

**Wahlkampf und Pflastersteinzoll.** In dem Wahlkreis Bischofswerda setzt wegen des Pflastersteinzolls die Agitation schon mächtig ein. Der Antisemit Gräfe will die Stimmen der Steinarbeiter im Demitz-Thumitz Gebiet für seine Partei gewinnen; er tritt für den Zoll ein. Der Fortschrittler Pudor hat in drei langen Artikeln einer Bischofswerdaer Zeitung gegen den Zoll Stellung genommen. Seine Argumente decken sich mit unserer Artikelserie. Auf die Pudorschen Artikel brachten nun die Herren Antisemiten eine langatmige, nichtsagende Gegenerklärung. — Im Bischofswerdaer Wahlkreis haben nun die bürgerlichen Parteien den Pflastersteinzoll als großes Kampfbild auf Tapet gebracht. Uns kann es recht sein. In den Wahlkreisen Mayen, Deggendorf, Seppenheim und Griesheim werden später sicherlich die Zollfreunde mit einer scharfen Zollagitation einsehen. — Im Juni d. J. hat der Reichstag nun endgültig über die Annahme oder Ablehnung des Handelsvertrages mit Schweden zu entscheiden. Was wird im Reichstage eintreten? Es wird in der Debatte ein hoher Zoll zwar noch verlangt werden und dann wird der Handelsvertrag bei der Abstimmung sicherlich angenommen. Diejenigen bürgerlichen Abgeordneten, welche Wahlkreise mit einer starken Steinindustrie vertreten, werden zwar gegen den Vertrag stimmen, um die Steinarbeiterstimmen zu erhalten. Aber wir werden dann die Stellung der Gesamtfraktion zu erörtern haben, und da wird zweifellos das Zentrum für den Vertrag stimmen, aber die Dissidenten wollen sich dann den Glorienschein um die Stirn erstrahlen lassen, daß sie Wahlkreiszinteressen vertreten. — Die Steinarbeiter werden sich von keiner der bürgerlichen Parteien einsperren lassen; unsere Stellungnahme zum Pflastersteinzoll war korrekt.

**Reider unterlegen.** In Stuttgart fand am 12. Mai die Oberbürgermeisterwahl statt. Der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Dr. Lindemann, erhielt 1236, der nationalliberale Dr. Dautenschlager 1314 und der Volksparteiler Red 3365 Stimmen. Aber trotz der Niederlage kann die Sozialdemokratie mit der erreichten Stimmenzahl zufrieden sein. Ob das nächstmal die „Nationalen“ nochmals siegen werden, dürfte sehr fraglich sein. — Einige Parteiblätter, die überreichlich in Radikalismus machen, haben schon vor der Wahl lebhaft Bedenken über die Bindemannsche Kandidatur geäußert. Diese Angriffe kamen den bürgerlichen Parteien sehr zu statten, und die Stuttgarter Blätter kämpften gegen den Genossen Bindemann mit Zitaten aus einem Zeile der sozialdemokratischen Presse. — Wenn bei geplanten großen gewerkschaftlichen Aktionen auch so verfahren würde, daß vor Einleitung einer Bewegung die organisierten Arbeiter eventuelle kleine Differenzpunkte in der Presse auspacken würden, ein wie leichtes Spiel hätten da die Unternehmer. — Als in Kopenhagen und in Milwaukee Sozialdemokraten den Bürgermeistertitel erlitten, da gab's mit Recht auch in der deutschen Arbeiterpresse einen großen Jubel. — Als nun in Stuttgart die übergroße Mehrheit der Genossen beschloß, den bisher so sehr bewährten Kommunalpolitiker und Landtagsabgeordneten Dr. Bindemann als Kandidaten aufzustellen, und sich dieser Bewegungsfreiheit in repräsentativer Hinsicht ausbedungen hatte, da setzten einige radikale Blätter sofort scharf mit der Kritik ein, sie witterten Prinzipienverrat. — Ein bekannter Dichter meinte vor 60 Jahren: Der deutsche Spießbürger hätte am liebsten einen Schuhmann an seiner Brust baumeln. Uns dünkt es, als wenn einige Theoretiker in der Sozialdemokratie einige Nachtwächter zur Seite haben möchten, um sie in besondern Fällen zur peinlichen Ueberwachung von Prinzipien abkommandieren zu können.

Ein Normaltarifabschluß für die Pflastersteinindustrie der Regierungsbezirke Niederrhein und Oberpfalz steht bevor. Es liegt auch im Interesse der Unternehmer, wenn sie ihrerseits alles daran setzen, daß das Werk nicht zum Scheitern kommt. Die bayrische Pflastersteinindustrie kann nur gesunden, wenn durch einen Lohnarbeitsabschluß etwas mehr Ordnung in den Betriebe der Submittion kommt.

**Wazu die Entrückung?** Der „Steinbildhauer“ bringt in seiner letzten Nummer einen längeren Artikel, worin er an einem Beispiel nachzuweisen versucht, unser Verband sei nicht tariflos. — Weil bei Herrn Heinrich in Rehau (Oberfranken) der Tarif um einige Tage zu spät gekündigt wurde und dann unsere Kollegen wegen nicht bewilligter Lohnzulage in den Streik traten, deshalb soll der Steinarbeiterverband tariflos sein. Herr Heinrich ist im Fichtelgebirge dafür bekannt, daß er besonders zur Winterzeit die einzelnen Tarifpositionen ganz kraß umgibt. Ueber ihn wurde sehr häufig von der Kollegen-

schaft Klage geführt, daß seine Tarifreue auf sehr schwachen Füßen steht. Der Entrückungsrummel im „Steinbildhauer“ ist deshalb sehr unangebracht. — Sind wir recht informiert, so wurde nach der Unternehmermeinung der Tarif um „ganze zwei Tage zu spät gekündigt“. Die Arbeiter behaupten, daß der Kündigungsstermin nicht klar gefaßt war. Wie unter diesen Umständen die Unternehmerzeitung von einem Tarifbruch reden kann, ist uns einfach unerklärlich. Wenn alle Mitglieder des Steinmeisterverbandes so tariflos wären wie unsere Organisation, dann würden die Tarifbrüche baldigt verschwinden.

Billig davon gekommen ist der Steinbauerpoller R. Röder von Randersacker (Unterfranken), der, selbst nicht organisiert, mit dem organisierten Steinbauerg. Schlein in Streit geriet, weil er ihm einen fertigen Stein zu Klein bemessen haben soll. Röder ergriff einen Zweispitzstiel und verfezte Schlein zwei Schläge auf den Kopf, so daß der eine blutende Wunde davontrug, die verbunden werden mußte. Obgleich das Schöffengericht Würzburg den Zweispitzstiel als eine gefährliche Waffe betrachtete, verhängte es doch nur gegen den gewalttätigen Polier 5 Mark Geldstrafe. Ob sich durch diese Strafe Röder das Brüggeln abgewöhnen wird, ist wohl sehr fraglich.

**Blamierter christliche Streikbrecheragenten.** Bei der Firma Jordan in Dapflinghausen stehen die Glasarbeiter im Streit. Eine Anzahl christlich organisierter Glasarbeiter aus Dreyburg spielen dort Streikbrecher. Aber nicht nur das, sie bemühen sich auch, neue Streikbrecher zu werben. Dabei sind sie nun einmal gründlich hineingefallen. Auf die Arbeitsgesuche der Firma meldeten sich aus Dreyburg hundert i. H. eine Anzahl Glasarbeiter. Die Firma schickte das Reisegeld im Betrage von 180 Mark, fünf christliche Glasarbeiter fuhren nach Dreyburg, um die sieben Arbeitswilligen abzuholen. Sie waren aber wieder einmal zu spät aufgestanden, denn die streikenden Glasarbeiter hatten den Neuankommenden schon ein Licht aufgesteckt über die Tätigkeit, die ihrer wartete. Als betrübte Baharber mußten die fünf Christlichen allein nach Dapflinghausen zurück, wo Unternehmer, Gendarmen und Polizisten auf die neuen Kräfte warteten und sehr erstaunte Gesichter machten, als die christlichen Hausväter allein zurückkamen.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 8. bis mit 13. Mai 1911.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Stargard, B. 8.80.	Rothenburg, B. 4.20.	Uchim, B. 4.80.													
Hufum, B. 4.80.	Emden, B. 2.—.	Diegelanger, B. 3.36.—.													
St. Johann, B. 90.—.	Obbein, B. 161.40.	Kirchheim, B. 286.74.													
E. 2.—.	K. 15.90.	M. 2.50.	Herbede, B. 75.—.	E. 4.—.	K. 5.80.										
Grimma, B. 420.—.	Doffenheim, B. 1.26.	E. 1.80.	Demitz, B. 682.—.	E. 25.—.	K. 1.40.	Brüd., B. 68.—.	K. 14.50.								
Göttingen, B. 84.—.	Halle, B. 100.—.	K. 8.75.	Hof, B. 136.—.	E. 17.50.											
Häslicht, B. 708.—.	Kappelrodek, B. 100.—.	Hütchenbach, B. 22.50.	Neubau, B. 93.—.	E. 1.50.	K. 1.—.	Döhlenburg, B. 18.80.	K. 1.20.	Regensburg, B. 31.50.	Seebach, B. 126.—.	K. 26.60.	Wechselburg, B. 42.—.	Wulsdorf, B. 9.20.	K. 1.30.		
Bischofswerda, Ins. 3.86.	Pfebenwerda, B. 4.—.	Al.-Mühlheim, B. 8.80.	Stralfund, B. 17.40.	Baumholder, B. 6.—.	Neustrelitz, B. 8.60.	Perleberg, B. 6.—.	Wasser, Ins. 2.40.	Obermürlen, B. 42.25.	Sangenathheim, B. 4.—.	E. 4.—.	Kamenz, B. 168.—.	E. 10.—.	Königsbrunn, B. 52.—.	E. 1.—.	M. 1.—.

## BEZUGS Anzeigen

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.

### Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Hartwerk  
Aue (Erzgeb.)  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende gratis!  
Lieferung sofort.

### Schürzen

Hauswäscherinnen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jackets, Leder- und Buckramöfen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert.

### Emil Keidel

Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

### 6 tüchtige Steinmetzen

auf Mairtalssandstein sofort gesucht.  
Wiederherstellung des Kurfürstl. Schlosses Mainz a. Rhein.

### Gewandte Steinmengen

für Granit und Syenit, sowie  
**Sand- u. Maschinenschleifer**  
gegen korrekte Bezahlung nach dem bekannten Fichtelgebirgstarif, suchen  
**Fichtelgebirgs-Granitwerke Rünzel & Gredler**  
Schwarzenbach a. d. Saale.

### 2-3 tüchtige Pflastersteinhauer

zum Abrichten von 50-60000 Stück Silbersandsteinen für sofort gesucht. Steinbruch Wolfslugen, Amt Nürtingen.  
**Albert Wurster, Pflastermeister**  
Redartheilungen (Württemberg).

Ein durchaus perfekter  
**Werkzeugschmied**  
und einige  
**Handscheifer** auf schwedischen Granit sofort gesucht.  
**R. Lamschke & Co., Granitwerk Eubed.**

### Steinmetzen und Versetzer

auf Sandstein stellt ein  
**Künzel & Hiller, Breslau X**  
und Werkplatz Bahnhof Nendorf a. Gröditzberg  
Kreis Goldberg-Gayman.

Kassel, B. 220.—, E. 4.50. Solmar, B. 40.—. Seid, B. 26.04, K. 20.—. Silberdorf, B. 2.50, Zschbach, B. 3.—. Erberg, B. 42.—, E. 15.—, K. 20.—. Wünschelburg, B. 76.86, E. 8.—, K. 18.70. Schwarzenbach, Ins. 6.40. Sommer, B. 790.—. Wacha, Ins. 3.20.

### Allgemeine Bekanntmachungen.

**Bühlertal.** Er suche die Vertrauensleute, mir die Adresse des Kollegen Christoph Präger, geboren am 15. Dezember 1881 zu Rodigen-Bieberbach, zugehen zu lassen.  
**Gg. Fuggenthaler, Steinmetz, Bühlertal (Amt Bühl, Baden.)**  
**Demitz-Thumitz.** Er suche die Vertrauensleute allerorts, mir die Adresse des Kollegen Joseph Besch, geb. am 19. November 1888 zu Biberhof (Interimskarte Nr. 7252) und des Kollegen Albert Groß, geb. am 3. Mai 1887 zu Auerhammer (Buch Nr. 7866) mitzuteilen.  
**R. Purche.**  
**Döhlen.** Die Pflasterer Karl Caspar aus Dödelbach und Joseph Bittl aus Steinberg sind von hier abgereist und haben ihre Interimskarten liegen lassen.  
**Karl Dauter, Pflasterer.**  
**Sera.** Der Steinmetz Otto Sezer, geboren zu Droytha, ist abgereist, ohne seine Verbandspapiere mitzunehmen.  
**Martin Neumeister.**  
**Kesselsdorf.** Der Kollege Artur Nindl, geboren am 8. Dezember 1885 zu Alfenroth, hat seine Karte (Nr. 87608) hier liegen lassen. Der Betreffende hatte stets den größten Mund wo er in Arbeit fand. Die Ortsverwaltung.  
**Döhlen.** Unsere regelmäßigen Monatsversammlungen finden jeden ersten Freitag im Monat, abends 7 Uhr, im Verbandslokale statt. Zu erscheinen haben auch die Hilfsarbeiter und Brecher. Die Ortsverwaltung.  
**Ziegelanger.** Dem Steinmetzen Jakob Düsch, geboren am 7. Mai 1881 in Neubauern ist keine neue Interimskarte auszustellen. Derselbe hat seine andere hier liegen lassen.  
**Georg Dittler.**

### Adressen-Änderungen.

**Gauzenberg.** Vorf.: Fritz Fisch, Fürtching (Post Gauzenberg). Raff.: Joseph Kaspar, Reuthenmühl (Post Gauzenberg).  
**Hans Mittenmeier.**  
**Sangenathheim (Mittelfranken).** Vorf. und Raff.: Karl Reichert.  
**Porta bei Minden i. Westf.** Vorf.: Fr. Ripp in Holzhausen Nr. 1. Raff.: Wilh. Windmann in Gaverstädt Nr. 112.  
**Treuschlingen.** Vorf.: Martin Meier.  
**Alt-Warthau I.** Vorf.: Alfred Reichelt. Raff.: Bruno Schindler.  
**Berthel a. M.** Vorf. und Raff.: Ferdinand Müller.  
**Diesbaden.** Raff.: Andreas Wittgen, Philippsberg Nr. 17.  
**Munichel.** Vorf.: Ludwig Böllmann, Egerstraße.

### Griskaffen.

Döhlen. Euer Wunsch soll, wenn irgend möglich, berücksichtigt werden. Viele Grüße. — Fr. Dazu hatten wir unsere Gründe. Wir haben doch keine Verpflichtung, im Steinarbeiter dem Unternehmertum zuliebe taktische Fragen in solcher eigenartigen Weise aufzurollen.  
Einige Berichte und Artikel mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

### Steinmetzgehilfe

in allen Steinmetzarbeiten erfahren bei dauernder Arbeit sofort gesucht.  
**B. Broszewski**  
Posen, Kleine Gerberstraße 7.

### Mehrere tüchtige Pflastersteinmacher

für erste Sorte werden bei dauernder Beschäftigung sofort gesucht.  
**Ghent- u. Granitwerke vorm. Merz & Co., G. m. b. H.**  
Gross-Biehorau (Odenwald).

### Sandsteinmetzen

werden für dauernde Arbeit eingestellt.  
**C. F. Förster, Nies a. G.**

### Tüchtige Steinmetzen

werden noch eingestellt bei  
**Karl Schilling, Agl. Hof-Steinmetzmeister**  
auf den Werkplätzen in Mittelsteine, Wünschelburg und Räckers (Graßhaft Olsch.).

### August Mai aus Magdeburg und Rudolf Gerloff aus Berlin wo steht Ihr?

**Hilfer Hugo Schade, 78 Griffin-Street Atlanta, Georgia America.**

### Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingestellt werden.)  
In Arnsdorf am 9. Mai der Kollege Karl Kulle, 52 Jahre alt, an Schlaganfall.  
In Berlin am 8. Mai der Kollege Richard Volkweber, 46 Jahre alt, an einem Leberleiden.  
In Bremen am 27. April der Kollege Adolf Scherer, 40 Jahre alt. Der Verstorbene schied freiwillig aus dem Leben.  
In Breslau am 8. Mai der Kollege Oskar Jahn, 27 Jahre alt, an Lungenanfall.  
In Eisenach am 15. Mai der Kollege Otto Jäger, 30 Jahre alt, an einem Magenleiden.  
In Ebershausen am 10. Mai der Kollege Wilhelm Hampe, 55 Jahre alt, an einem Unfall.  
In Häslicht am 12. Mai der Kollege Wilhelm Teuber, 32 Jahre alt, an Lungenblutung.  
In Neubau am 10. Mai der Kollege Max Voit, 57 Jahre alt.  
In Pirna am 9. Mai der Kollege Karl Schauer, 42 Jahre alt, an der Verunfallung.  
In Alt-Warthau am 10. Mai der Kollege Robert Reich, 39 Jahre alt, an der Verunfallung.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: H. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Kluge & Co.

## Die schwedische Steinindustrie.

IV.

### Die Monumentindustrie

hat ihren Zentralitz in Västerovik an der Ostküste. Es kommen dort 5 Firmen in Frage. Die Gebrüder Flinck haben etwa 130 Mann beschäftigt. Es werden in Västerovik alle vorkommenden farbigen Hartgesteine Standinaviens verarbeitet. Nachdem ich in Kristiania wahrnehmen konnte, wie es um die Steinmeß- und Schleiftechnik bestellt ist, schraubte ich meine Erwartungen in Västerovik nicht allzu hoch. Und das war gut so. Eine größere Firma ließ mich auch nicht in die Schleiferei, aber Spiel konnte ich schon durch die Fenster sehen, daß die Leute recht beengt stehen müssen, und überdies hapert es auch mit dem Wasserablauf. — Reichliche Profilarbeiten, wie man solche in den Schleifereien des Fichtelgebirges, dann in Karlsruhe, Weglar, Löbau u. s. f. zu sehen bekommt, kamen mir in Västerovik nicht zu Gesicht. Am besten hat mir die Einrichtung bei den Gebrüder Flinck gefallen. In diesem Werk schaffen erstens die Steinmeßer schon sehr sauber und zweitens hat mich dort auch die Arbeit der Schleifer und Polierleute befriedigt. Die gestochten Arbeiten zu einem Denkmal aus blauem Granit waren wirklich famos ausgeführt. Nach dem bisher Gesehenen war ich sehr erstaunt, daß in dieser Werkstatt so akkurat gearbeitet wird. — Die blauen und grünen Gesteinsorten werden bei Flinck nicht mit runderlaufenden Ballen poliert. Die Polierballen bewegen sich in der — Längsrichtung, also vor- und rückwärts. Wenn die Scheiben rund laufen würden, so soll sich das Poliermaterial „verjaden“, so sagte mir wenigstens der Direktor. Dessen Sohn, ein aufgeweckter Oberprimaner, fungierte in liebenswürdiger Weise als Uebersetzer. Auf dem Lagerplatze fiel mir noch die eigenartige Bearbeitung der Hügelsteine auf. Die Seiten- und Rückflächen sind willkürlich so gesägt, daß sogenannte „Bauern“ zum Vorschein kommen. Der Steinmeß kommt nach dem Absägen mit einem recht groben Stockhammer und geht flugs zweimal über die Flächen. Dieselben sind nun recht „wellenförmig“ und gerade diese Bearbeitung nimmt sich recht nett aus.

In Schweden werden auch nur selten teure Grabmonumente hergestellt. Es mangelt am zahlungsfähigen Publikum. Es mag sein, weil bisher der Verkauf von Monumenten etwas stockte, daß deshalb unternehmerseits keine größeren Anstrengungen gemacht wurden, Hervorragendes zu leisten. Sicherlich ist es richtig, daß bezüglich der formvollendeten Grabmalformen die Schweden weit hinter Deutschland hermarschieren. Es würden aber die teuren Künstlertwürfe nicht viel nützen, wenn nicht genügend Käufer gefunden werden. Vollständig ausgeschlossen ist es, daß die Schweden fertige Monumentarbeiten exportieren können. Diese Gefahr besteht für uns Deutsche nicht im geringsten. Gerade in Deutschland wird in künstlerischer Beziehung der Geschmack sehr verfeinert. Die Schablonenware fällt mehr und mehr weg und daraus resultiert, daß die eventuellen Vorteile dieser künstlerischen Renaissancebewegung in erster Linie unferer Granitschleiferei zugute kommen. — Man möchte meinen, wenn in der schwedischen Schleiferei mit denselben Schleif- und Poliermitteln gearbeitet wird, wie in Deutschland, daß dort auch dieselben günstigen Resultate erzielt würden. Dem ist aber nicht so.

Refümierend sei gesagt, daß die schwedischen Schleifereibesitzer mit den Deutschen nicht im geringsten in Konkurrenz treten können. In Schweden wird es noch lange Weile haben, um einen solchen Stamm von Steinmeßern und Schleifern heranzubilden zu können, wie dieses beispielsweise in Schwarzenbach (Fichtelgebirge) bei Rünzel u. Schedler der Fall ist, wo in den farbigen Hartgesteinen die künstlerischen Grabdenkmäler, welche zum Teil nach Paris gehen, hergestellt werden. Die schwedischen Industriellen beziehen ihre Gesteinsbearbeitungsmaschinen zum größten Teil aus Deutschland, aber die Maschinen allein tun es noch nicht, es gehört ein tüchtig eingearbeiteter Arbeiterstamm dazu,

um mit Hilfe des „eisernen Kollegen“ tadellose Arbeit zu liefern.

Die Schweden sind auch bezüglich des Gesteins nicht verwöhnt. Ein Kernstück kann ruhig 2—3 Metern aufweisen, deshalb wird es doch verarbeitet. (Die Pflastersteinindustriellen im Lysefjeller Gebiet sind in dieser Beziehung delikater. Blöcke mit Quarzadern wandern auf den Bruchsteinhöfen.) Das wollen wir den Monumentindustriellen aber nicht verargen. Der Muschelkalk ist ja auch sehr porös, und trotzdem wird er so bevorzugt. Ueberdies ist es bekannt, daß die deutschen Schleifereibesitzer an die Rohmaterialien die höchsten Ansprüche stellen.

Die Güte des Straßenpflasters läßt in Västerovik besonders zu wünschen übrig. Folgende schlecht gepflasterte Straßen fallen mir auf: Fiskaregatan, Haningatan, Stora Torget, Rådhusgatan, Kvarngatan und Bredgatan. — Zum Elektrizitätswert, das sicherlich städtischer Betrieb ist, wurde Granitmaterial verwendet, welches beim Fachmann bedenkliches Kopfschütteln erregen muß. In Deutschland würde kein Baubefehlener derartig geflecktes Material annehmen.

### In den Grafversfors-Steinbrüchen.

Der rote schwedische Granit wird in Deutschland und England mit besonderer Vorliebe von den Architekten verwendet. Auch die Steinmeßer verarbeiten ihn lieber wie beispielsweise den schwarzen. Die dekorative Wirkung des roten Materials ist eine ausgezeichnete. Wenn sich aber der rote Granit in Deutschland eine solche Verwendungsmöglichkeit sichern konnte, so liegt das auch noch daran, daß die Politur äußerst witterungsbeständig ist. Der bekannte Geologe Dr. Albert Schmidt in Wunsiedel, der für das deutsche Gestein unermüßlich Propaganda macht, und wir pflüchten ihm in diesem Beginn völlig bei, gibt in der Nr. 16 (Jahrgang 1911) des „Steinbruch“ selbst die Güte der schwedischen Hartgesteine zu. Er schreibt: „Die Steine, welche uns die nordischen Nachbarn hauptsächlich zusenden und die sich in unsern Steinmeßkreisen immer breiter machen, zeichnen sich, was anerkannt werden muß, durch gleichmäßige Beschaffenheit und große Polierfähigkeit aus.“

Zu den beliebtesten roten Granitorten gehört nun auch der von Grafversfors. Dieser Ort liegt von Västerovik (Ostküste) etwa 130 Kilometer in nördlicher Richtung, und zwar in der Nähe der schönen Stadt Norrköping. Wenn mir auch das Grafversfors-Steinbruchgebiet geographisch sehr ungünstig lag, so wollte ich auf dessen Besuch doch nicht verzichten. Es hat mich auch nicht gereut, daß ich dadurch meine Tour etwas umändern mußte.

In Grafversfors wird der rote Granit in drei Farbenabstufungen gewonnen. Als ich den Steinbruch sah, kam ich aus der Bewunderung nicht heraus. Die Felswand mag gegen 60 Meter hoch sein, und sie birgt tadelloses Material. Am Eingang des Bruchs steht isoliert ein ca. 30 Meter hoher Felsen. Die Aufarbeitung wurde nicht vorgenommen, wahrscheinlich muß dieser Koloss „Kellamedienste“ leisten. Der Bruch steht in technischer Beziehung nicht auf der Höhe der Zeit; das mag darin seinen Grund haben, daß ohne jede Schwierigkeit Blöcke mit den größten Ausmaßen gewonnen werden können. — Im Steinbruch ist faktisch kein Abraum wegzuschaffen. — Die Steinmeßwerkstätte ist dem Verfall nahe, das darf als Beweis angesehen werden, daß in Schweden die Werksteinindustrie einen sehr schweren Stand hat. — Man hat versucht, aus dem Grafversfors-Granit „Pflastersteine“ herzustellen. Es ist beim Versuch geblieben. Der rote Granit ist für Pflastersteine zwecklos viel zu rau, überdies ist sein „Gang“ nicht hervorragend. Als Granit für Monumentalarbeiten eignet sich dieser Stein hervorragend, und trotz dieser Eigenschaft scheidet er für die Produktion von Pflastersteinen völlig aus.

Im Dorfe Grafversfors befindet sich auch ein großer Marmorbetrieb. Die vorhandene Wasserkraft wird sehr geschickt ausgenutzt. Aber die ganze Fabrik hat einen recht „altmodischen“ Anstrich.

Am Bahnhof befindet sich eine Grabmalausstellung. Es wird im künstlerischen Geschmack nicht einmal Mittelmäßigkeit erreicht. —

Die Firma Fernström besitzt auf der Insel Jungfrun an der Ostküste enorme Steinlager im roten Material. Im Winter wird dort nicht gearbeitet, es werden im Sommer und Herbst genügend Vorräte gebrochen. Die Farbe des Steins ist sehr hellrot und von großer Wirksamkeit. Da die Fahrgelegenheit nach dieser Insel eine recht ungünstige ist, so mußte ich auf deren Besuch verzichten. Wie mir von eingeweihter Seite gesagt wurde, sind die Gesteinsablagerungen geradezu ideal zu nennen. Ich finde wirklich keinen Vernunftsgrund, warum etwa durch Zollmaßregeln das herrliche rote Rohgestein aus Deutschland ferngehalten werden soll. Es sei ausdrücklich betont, daß die roten und schwarzen schwedischen Gesteine beinahe ausnahmsweise in Deutschland durch die Steinmeßer und Schleifer weiterverarbeitet werden. Es ist manchmal geradezu ekelerregend, wenn in den Unternehmerrichtungen gegenüber der Einfuhr der schwedischen Gesteine gewettert wird. Soweit die farbigen Materialien in Frage kommen, haben wir in Deutschland bedauerlicherweise keine vollgültigen Ersatz. — Und dann noch eins! Wenn die schwedischen Gesteine so leicht zu ersetzen sind, warum nimmt man an deren Stelle keine deutschen? Um der schönen Augen der schwedischen Unternehmer willen würden unsere hervorragendsten Architekten und Baumeister sicherlich keinen Kubikmeter in Schweden in Bestellung geben.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Warnungen des Reichsbankpräsidenten — Finanzkapital und Zentralnotenbank — Marokko — Monopolhoteltrach, Sultan und Bergmann.

Durch eine Rede des Reichsbankpräsidenten, vor dem Zentralausschuß am 27. April, ist mit einemmal die eigenartige Stellung der großen deutschen Zentralnotenbank von neuem in den Mittelpunkt einer lebhaften öffentlichen Erörterung gerückt worden.

Es ist selbstverständlich, daß jede Notenbank am Quartalschluß besonders stark in Anspruch genommen wird. Am Quartalsende sind Hypotheken- und Mietzinsen, Kautionsgebühren, Kapitaldarlehen und Kapitalrückzahlungen in unvergleichlich weiterem Umfang als sonst fällig; die ganze Geschäftswelt in Produktion, Handel und Spekulation konzentriert ihre Abrechnungen und Auszahlungen vorwiegend und immer ausschließlich auf diese Termine. Bei den Notenbanken gelangt die hierdurch gewetzte vermehrte Finanzspruchnahme äußerlich dadurch zum Ausdruck, daß jedesmal vor der Quartalsende der Betrag an ungedeckten (den Vorrat übersteigenden) Noten unaufhaltsam anschwillt, bis die Rückfälle im neuen Quartal, mit dem Nachlassen des allgemeinen Zahlungsmittelbedarfs, wieder einfließen.

Dieser ganz naturgemäße, mit dem heutigen Verkehr unlösbar verbundene Wellenschlag kann jedoch durch kein Uebermaß bedenklich und jedenfalls für die Bankleitungen recht unliebsam fühlbar werden, und Herrn Havenstein scheint in der Tat die Entwicklung der letzten Jahre sehr wenig zuzufallen. Denn jedesmal hat sich in der letzten Märzwoche die — an sich, wie gesagt, unvermeidliche — Vermehrung der ungedeckten Noten in immer größeren Sprüngen vollzogen, zuletzt — also in der Märzschlußwoche 1911 — in einem Riesensprunge von nicht weniger als 731 Millionen Mark. Nach dem „Blutus“ von Georg Bernhard hat die „plötzliche Verschlechterung“ des Notenumlaufs in der Märzschlußwoche betragen:

1911	1910	1909	1908	1907	1906	1905	1904	1903	1902
368,0	302,4	300,8	331,4	291,8	297,1	221,7	201,4	192,8	178,5
368,0	302,4	300,8	331,4	291,8	297,1	221,7	201,4	192,8	178,5
368,0	302,4	300,8	331,4	291,8	297,1	221,7	201,4	192,8	178,5
368,0	302,4	300,8	331,4	291,8	297,1	221,7	201,4	192,8	178,5
368,0	302,4	300,8	331,4	291,8	297,1	221,7	201,4	192,8	178,5
368,0	302,4	300,8	331,4	291,8	297,1	221,7	201,4	192,8	178,5
368,0	302,4	300,8	331,4	291,8	297,1	221,7	201,4	192,8	178,5
368,0	302,4	300,8	331,4	291,8	297,1	221,7	201,4	192,8	178,5
368,0	302,4	300,8	331,4	291,8	297,1	221,7	201,4	192,8	178,5
368,0	302,4	300,8	331,4	291,8	297,1	221,7	201,4	192,8	178,5

Je mehr unsere Großbanken, durch ihre oft recht bedenkliche Verbindung mit Industrie und Börse, ihre Mittel angepannt und festgelegt haben, desto mehr suchen sie sich auf die Reichsbank zu stützen, die ihnen ihre Wechsel zum Diskont abnimmt und die

## Im Storting.

Wer Gelegenheit hat, sich in irgendeiner Hauptstadt umsehen zu können, wird bei passender Stunde auch das Parlament in Augenschein nehmen. Als ich kürzlich in Kristiania so ziemlich alle Steinmeßwerkplätze abgeklopft hatte, lenkte ich die Schritte nach dem Storting. Was für uns Deutsche der Reichstag bedeutet, das ist für die Norweger das Storting. Die Abgeordneten werden als Repräsentanten tituliert und im Volke genießen sie ein sehr großes Ansehen.

Außerlich ist das Storting gerade kein imponierender Bau, und im Innern herrscht eine recht bedrückende Enge. — Am dem Abend, an dem ich das Storting besuchte, stand eine große Sitzung bevor. An der Eingangspforte standen mindestens 300 Menschen, die sich ein Plätzchen auf der Tribüne sichern wollten. Karten werden nämlich vorher nicht ausgegeben. Punkt 5 Uhr öffnen sich die heiligen Stortingstufen und ein baumlanges Schußmann hat dafür zu sorgen, daß die „Rauferei“, um in die Halle zu gelangen, nicht allzu „b a y r i s c h“ — ausartet. Mit Ach und Krach gelangte ich in das „hohe“ Haus, aber die Tribünen waren schon besetzt, nur in der vordersten Reihe waren noch einige Plätze frei. Also, versuche ich dort unterzukommen. Doch, da flüstert mir ein Parlamentsdiener ins Ohr: Journalistentribüne. Haha, das ist die gastliche Stätte fürs Pressevolk. Schnell entschlossen, zog ich aus der Rocktasche die Leipziger Volkszeitung, das einzig „s e l i g m a c h e n d e“ deutsche sozialdemokratische Parteiorgan, und meldete dem nordgermanischen Stortingswächter, daß ich einer von der „Waldspresse“ (Auslandspresse) sei. Kraft der magnetischen Gewalt der Leipziger Volkszeitung konnte ich nun

auf der Journalistentribüne Platz nehmen. Unten, im halbkreisförmigen Parlamentsaal, haben sich die Herren Repräsentanten schon zahlreich eingefunden. Von den 127 Volksvertretern sind etwa 110 zur Stelle, das Haus ist somit gut besetzt. Mein Tribünnachbar, ein Dr. ph., der sich zum Privatdozentenberufe vorbereitet und journalistisch tätig ist, gab mir in deutscher Sprache die weitgehendste Aufklärung über die hervorragenden Persönlichkeiten des Storthings und der Regierung. Die Repräsentanten gehören etwa zur Hälfte dem bäuerlichen Stande an. Aber ihre markanten Gesichtsausdrücke lassen erkennen, daß sie mit einer großen Bauernschlauheit ausgerüstet sind, die ihren Willen in politischer Beziehung durchsetzen und den schwedischen König 1905 ohne große Zögerung die Regierungsgewalt entzogen.

Im hohen Hause tritt auf einmal große Ruhe ein, es erscheinen die Minister. Die ministeriale Prozession beschließt die geborgene Persönlichkeit des Ministerpräsidenten R o n o w. Er drückt den ausländischen Diplomaten, die neben dem Präsidium plaziert sind, die Hand, aber Ronow verneigt sich äußerst steif. (Da können die deutschen Regierungsmänner ganz andre Bücklinge machen.) — Der Kriegsminister mit seinem ausgeprochenen jüdischen Typus erschien in Zivil, und als Unterstaatssekretär des Auswärtigen fungiert ein noch jugendlich aussehender Jurist. Der Kultusminister, ein ehemaliger Schullehrer, studiert in einem riesigen Aktenstüb, großes Interesse wendet man dem Justizminister S c h e e l zu. Er hat sozusagen die Kosten des Tages zu bestreiten. — Auf dem Präsidium haben sich nun auch die zwei Präsidenten niedergelassen. Beide glatt rasiert, mit vollen Gesichtern, ich hätte sie in bürgerlicher Beziehung dem Pastorenberufe einrangiert. Der eine Herr verkündet mit drei Hammer schlägen, daß die Sitzung eröffnet sei. Es wird eine lange

Registrande verlesen. Nun soll abgestimmt werden, ob die Pastoren des Landes bei eintretender Invalidität mit 1000 oder 1200 Kronen pro Jahr abgefunden werden sollten. Da erhebt sich der sozialdemokratische Repräsentant N i s s e n, in seinem Berufe königlicher Postmeister, und führt aus, daß die Pastoren die Bewohner für das himmlische Reich vorbereiten müssen, insofern dessen hätte auch der Staat für das leibliche Wohl der alt gewordenen Geistlichen hinreichend zu sorgen. (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.) Mit Mehrheit werden den Geistlichen die 1200 Kronen Jahrespension zugesprochen, Abgeordnete aller Parteien drücken dem sozialistischen Vertreter die Hand. — Nun eilt der sozialdemokratische Führer Dr. E r i k s e n zur Rednertribüne. Er hat eine Interpellation zu begründen. Eriksen hat in Kristiania die Stelle eines Pastors inne. Den Anlaß zur Interpellation gab, daß ein Fräulein aus S c h w e d e n in Norwegen religiöse und sozialistische Propaganda trieb, dabei kein Aufenthaltsbüchel hatte und dann als gefährliche Ausländerin verhaftet wurde. Sogar einige Fingerabdrücke sicherte sich die hochwohlwollende Polizei. Dr. Eriksen ging mit dem Justizminister scharf ins Gericht, er sprach sehr farfstatisch, wie die Heiterkeitserfolge zeigten. Die Tribünenbesucher, das weibliche Geschlecht hatte sich besonders zahlreich eingefunden, nahmen an dieser trefflichen Rede regen Anteil. Nun begab sich der Justizminister zum Rednerplatz, eine Stenographin, eine nette Brunette, postierte sich in seiner unmittelbaren Nähe. Aber der Justizminister S c h e e l hat in der Person des Polizeimeisters, der die Verhaftung des schwedischen Fräuleins vornehmen ließ, einen sündenbeladenen Angeklagten zu verteidigen. Er sprach schleppend und sein engbeschriebenes Manuskript kann er nur mühsam entziffern. Der Ministerpräsident R o n o w notiert eifrig mit ungelinker Hand — ein Be-

ihnen, da die formell erforderlichen Garantien in diesem Falle niemals fehlen, die Diskontierung von Wechseln nicht verweigern kann. Bei kurzer Laufzeit dieser Wechsel wird das Portefeuille der Zentralbank zwar bald dieses unwillkommenen Zuwachses wieder ledig. Aber dieses stetig sich verhörfende ruckweise Anziehen der Kreditkranke an einem der empfindlichsten Organe unseres Wirtschaftslebens entfällt bereits eine gewisse Mitbildung und Unsolidität des geschäftlichen Treibens unseres Finanzkapitals. Augenblicklich ist Deutschlands Position dadurch etwas gefestigter, daß ihm vom Auslande, in erster Linie von Frankreich, namhafte Anlagen zugeflossen sind, teils wegen unseres relativ höheren Zinssatzes, teils infolge anderer, politischer und wirtschaftlicher Vorgänge — so sollen beispielsweise die Gelder der „verfolgten“ französischen Kongregationen mit Vorliebe Unterkunft in Deutschland gesucht haben. Gerade hier droht jedoch die Gefahr plötzlicher Wiederrückziehung und damit die Eröffnung einer neuen Quelle der Beunruhigung. In der Zeit wird nach Prof. Schär von sachkundiger Seite behauptet, daß Deutschland gegenwärtig die große Summe von 700 bis 800 Millionen Mark kurzfristige (innerhalb dreier Monate gegebenenfalls fällige) Schulden an das Ausland „schweben“ habe.

Die Warnungen des Reichsbankpräsidenten sind deshalb durchaus angebracht. Nur sind die Abwehrmassen der Zentralnotenbank selber sehr wenig schlagkräftig. Was will beispielsweise die vor kurzem erlassene Verfügung besagen, daß in Zukunft die Wechsel solcher Geschäftsleute, die — einer neuerdings häufiger befolgten Praxis entsprechend — ihre Buchforderungen diskontieren, nur noch gegen besondere Deckung angenommen werden? Das ist ein Tropfen auf einen heißen Stein, solange unsere Groß- und Mittelbanken ganz und gar nicht gewillt sind, in dem Wettrennen um profitable Geschäfte und um Steigerung des Umlages sich irgendwie Zügel anzulegen oder anlegen zu lassen.

Immerhin haben die stetigen Warnungen von oben die Stimmung, vor allem an der Börse, ungünstig beeinflusst. Dazu kamen die fortgesetzt kleinlauten Berichte aus Amerika, und endlich auch die neu aufgeführten Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich wegen Marokkos. Man erinnert sich, daß im Jahre 1905 zwar der marokkanische Konflikt gleichfalls friedlicher endete wie er anzufangen schien, daß aber die Unternehmervelt damals lange Zeit durch eine Erschöpfung der Reichkapitalzufuhr blühen mußte. Die Reichsbank suchte damals, um allen politischen Möglichkeiten gewachsen zu sein, nach Kräften Gold an sich zu ziehen und dieses unvermutet heftige Anspannen des Diskonts brach manchen geschäftlichen Dispositionen und Erwartungen jener Tage den Hals. Heute wäre eine Wiederholung doppelt unangenehm, weil eine kapitalschwache Spekulation in den letzten Monaten zahllose Kaufseingagements angekauft hat, deren Abwicklung höchstens bei ungestörter Ruhe leidlich gelingen kann.

Ein paar Aufsehen erregende Einzelerfahrungen haben zwar keine tiefgehende Bedeutung, vermehren jedoch den um sich greifenden Pessimismus. So brach in Berlin die Monopol-Aktiengesellschaft Kläglich zusammen: Das Hotel, unmittelbar am Bahnhof Friedrichstraße gelegen, wird im Werte auf 7 1/2 Millionen Mark geschätzt, ist jedoch in der Alexa Erbbaubau, als man das ganze Berliner Hotelwesen über Nacht umzuwandeln gedachte, mit nicht weniger als 9 1/2 Millionen Mark Hypotheken im Vertrauen auf die lockenden Zukunftsumgestaltungen belastet worden.

Dem Stettiner Vulkan bereitet seine teilweise Ueberfiedelung nach Hamburg und der Nordsee vorläufig einige Kopfschmerzen; im Jahre 1909 ging die Dividende bereits von 14 auf 12 Prozent zurück, 1910 sank sie abermals um 1 Prozent. Die Aussichten der berühmten Schiffswerft leiden jedoch unter diesen zeitweisen kleinen Rückschlägen kaum; augenblicklich hat sie nach den Zeitungsmeldungen ein Linien Schiff, einen Kreuzer, 12 Hochseetorpedoboote, einen großen transatlantischen Passagierdampfer und mehrere kleine Bauaufträge in Arbeit, für welche sie fast 30 Millionen Mark Anzahlungen bis jetzt erhalten hat.

Auf einen harten Kampf mit den beiden deutschen Reichskonzernen der Elektrizitätsindustrie weist der jetzt erschienene Geschäftsbericht der Bergmann Elektrizitätswerke hin. Der Gesamtumsatz stieg zwar im Geschäftsjahre 1910 auf fast 51 Millionen Mark gegen 37 1/2 Millionen Mark im Vorjahre, das Personal wuchs um 2500 Köpfe. Die Dividende soll jedoch, von 18 Prozent im Vorjahre, auf 12 Prozent herabgesetzt werden. Das ist noch immer ein überaus stattlicher Profit; und zudem schreibt die Verwaltung in ihrem Bericht weiter: „In das neue Geschäftsjahr sind wir gegenüber dem Vorjahre mit einem nahezu verdoppelten Bestand an Aufträgen getreten. Wir haben in den ersten drei Monaten bereits zirka 4 Millionen Mark mehr fakturiert als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die im ersten Quartal des neuen Jahres eingegangenen Aufträge übersteigen die der gleichen Zeit des Vorjahres beträchtlich. Wir sind in unsern Fabriken einschließlich der neuen Werkstätten überaus stark beschäftigt und rechnen mit einer weiteren erheblichen Umsatzerhöhung für das gesamte Geschäftsjahr. Dieser Umstand, sowie die Wirkung eines inzwischen eingetretenen regelten Betriebes auch in den fertiggestellten Neubauten, läßt uns hoffen, daß das Gesamtergebnis für das Geschäftsjahr 1911 sich besser gestalten wird, zumal da wir in diesem Jahre auch mit keinen außergewöhnlichen Aufwendungen und Unkosten, wie wir sie im Vorjahre zu verzeichnen hatten, zu rechnen haben.“

Berlin, 12. Mai 1911. Max Schippel.

weis, daß er seinen Kollegen herauszauen will. Der Justizminister sprach matt, das begriffen auch die übrigen Minister.

Der Ministerpräsident erwartet mit großer Ungeduld seine Worterteilung. Auf einem Schreibblock notierte ich die Stichworte: temperamentvoll und gerissen. Und fürwahr, der „oberste“ Minister paukte nicht schlecht. Kurz und bündig klangen seine Sätze. Während seiner Rede drehte er sich halbkreisförmig. Daß er gegen den sozialdemokratischen Pastor mächtig losdonnerte, konnte auch ich aus seiner Rede entnehmen. Da wendete er sich zu einem kleinbürgerlichen Vertreter, um zu sagen, wie revolutionär der Sozialdemokrat sei, dann redete er auf den Vertreter der Lappländer, einen Volksschullehrer, ein, wahrscheinlich hatte er ihm kategorisch erklärt: Hüte Euch im hohen Norden vor der sozialdemokratischen Gefahr. Die demagogische Rede Konow, der die Gefahr des sozialistischen Aufmarschs so übertrieben schildern konnte, fand unter den Repräsentanten großen Anklang. Pastor Dr. Eriksen vertrat dann nochmals in rhetorisch geschickter Weise den Standpunkt der Sozialdemokratie, er hatte wiederum das Ohr des ganzen Hauses. Ein Mißtrauensvotum der Regierung gegenüber wird natürlich abgelehnt.

Unter den Repräsentanten fiel mir besonders die einzige weibliche Vertreterin auf. Fräulein Anna Rogstad, in schlichter schwarzer Kleidung, macht einen recht gewinnenden Eindruck. Sie schien sich sehr wohl zu fühlen unter den männlichen Kollegen. Sicherlich hat das Herz der Frauen auf der Tribüne höher geschlagen als sie ihre Geschlechtsgenossin unten als vollberechtigte Volksvertreterin mußtern konnten.

Ich verließ das Störthing mit dem Bewußtsein, daß auch im hohen Norden die Sache des Proletariats triumphiert.

## Gewerkschaftsabrechnungen.

Die christlichen Gewerkschaften geraten wieder einmal ins Gedränge. Das ganze Jahr hindurch lebten sie in Eitelkeit und Freude, denn der christliche Gewerkschaftsgebäude feierte auf seinem Siegeszuge gewaltige Triumphe. Massenhaft strömten die Arbeiter den christlichen Gewerkschaften zu, dahingegen erlitten die freien Gewerkschaften Schlappen auf Schlappen. Nur mit Mühe und Not konnten sich die freien Gewerkschaften noch aufrecht erhalten, dahingegen die Christen —

Ja, so geht das alle Jahre mit dem Geschrei der christlichen Gewerkschaften. Nur dann, wenn die Jahresabrechnungen erfolgen müssen, wird es etwas stiller im christlichen Gewerkschaftsblättermund. Dann stellt sich heraus, daß man den christlichen Mund doch etwas zu voll genommen hat. Denn die Vergleiche der Abrechnungen der freien mit den christlichen Gewerkschaften lassen allzu deutlich erkennen, daß die Christlichen alle Ursache haben, sich recht bescheiden zu drücken. Die deutschen Arbeiter wären zu beklagen, müßten sie sich auf die Stärke der christlichen Gewerkschaften verlassen. Das kann nicht genug betont werden. Wie hat z. B. das christliche Metallarbeiterverhältnis gegen den Deutschen Metallarbeiterverband gemessen, ihn als eine ohnmächtige Organisation geschildert. Als die letzten Jahresabrechnungen erschienen, da mußte man mit dem Vergroßerungsglas auf die Abrechnung der christlichen Metallarbeiterorganisation blicken, um sie neben den gewaltigen Summen der freien Metallarbeiterorganisation nicht aus den Augen zu verlieren. Jetzt veröffentlicht auch der Deutsche Holzarbeiterverband seine Jahresabrechnung. Da läßt sich der Jubelausbruch der christlichen „Holzarbeiterzeitung“: „Wir (der christliche Verband) stehen unter den Gewerkschaften im Holzgewerbe vornean,“ gleichfalls auf seinen Wert nachprüfen. Es betrug im Jahre 1910

	im freien Holzarbeiterverband	im christlichen Holzarbeiterverband
Mitgliederzahl	165 042	13 407
Wochenbeiträge (Hauptkassa)	3 883 008 Mk.	355 078.— Mk.
Extrabeiträge (Hauptkassa)	593 379	50 425.27
Die Unterstützungsleistungen (Hauptkassa und Totalkassen zusammen) betragen:		
Unterstützungsart	im freien Holzarbeiterverband	im christlichen Holzarbeiterverband
Reiseunterstützung	125 616.74 Mk.	7 149.75 Mk.
Arbeitslosenunterstützung	998 760.02	25 781.29
Streikunterstützung	1 817 985.28	70 552.25
für fremde Organif.	156 443.47	4 340.37
Krankenunterstützung	788 351.42	37 126.39
Gemahregeltenunterstützung	58 900.46	4 563.45
Unterstützung in Sterbefällen	51 782.50	3 130.—
Umzugsunterstützung	42 028.17	2 265.—
Notfallunterstützung	84 907.59	1 623.12
Rechtschutz	16 682.64	1 395.14
Militärunterstützung	—	430.—
Summa	8 621 408.39 Mk.	158 356.76 Mk.
Bermögen	4 606 117 Mk.	415 806 Mk.

Man wundert sich übermaßen, wo man im christlichen Holzarbeiterverband noch den Mut hernehmen kann, sich als die Organisation hinzustellen, die im Holzgewerbe vornean marschiert! Aber was ist bei den christlichen Herrschaften unmöglich?

## Korrespondenzen.

Bamberg. Am 24. April fand im Gewerkschaftshause unsere Quartalsversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Kassierer Magnus Kauer gab die Abrechnung bekannt vom ersten Quartal. Einnahme 651.18 Mk., Ausgabe 352.83 Mk., bleibt Kassenbestand 298.86 Mk. Bilanz und Kasse wurden von den Revisoren gründlich revidiert. Kollege Jahner Og. erklärte, daß sich alles in peinlichster Ordnung befand. Der zweite Punkt betraf die Gründung einer Hilfskassette in Zapfenst. Hierzu nahm der Vorsitzende Fritz Glas Stellung; er wünscht, daß in Zapfenst. etwas geschaffen wird, da dort 21 Kollegen beschäftigt sind und dies der Zahlstelle unnötige Kosten macht, weil die Beiträge durch einen Kollegen nach Bamberg gebracht werden müssen. Diese Angelegenheit wurde bis auf weiteres verschoben. Die Berichterstattung über die Kartellsetzung mußte der Vorsitzende selbst vornehmen, da die beiden Kartelldelegierten es nicht der Mühe wert fanden, die Versammlung zu besuchen. Weiter wurde eine wichtige Sache bekannt gegeben. Das Domkapitel zu Bamberg läßt zurzeit drei Häuser zu Domherrenwohnungen bauen, an welchen sehr viel Steinhanerarbeit Verwendung findet. Die betr. Baumeister hatten sich Angebote für Lieferung der Arbeit von hiesigen Steinmetzmeistern eingeholt. Die Preise scheinen aber zu hoch gewesen zu sein, da die Arbeit Herr Dittol in Lichtenfels übertragen erhielt, der den Kubikmeter für und fertig mit Steinlieferung und Fracht (32 Kilometer) sage und schreibe für 36 Mk. machte. Als dies bekannt wurde, setzte sich unser Vorsitzender sofort mit dem Landbauamt in Verbindung und erklärte, daß es nicht möglich ist, über diesen Fall ruhig wegzukommen, da hier in Bamberg noch 27 Kollegen arbeitslos sind. Das Landbauamt müsse hier unbedingt Abhilfe schaffen. Nach einigen Tagen wurde die Arbeit dem Meister in Lichtenfels entzogen und der Firma Maier in Bamberg übertragen, wo jetzt 15 Kollegen untergebracht sind.

Gröna (Zahlstelle Alsleben). Am 23. April fand im Garten der Frau Ränge eine von ca. 160 Personen besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Daß die Behörde über die Steinarbeiterversammlung informiert sein will, bewies die Anwesenheit von zwei Polizeiorganen. Trotzdem gegen eine Ueberwachung protestiert wurde, entfernten sich die Hüter des Gesetzes nicht, forderten vielmehr, daß die Personen unter 18 Jahren die Versammlung zu verlassen haben. Genosse Speckhardt-Bernburg erklärte bei Eröffnung, daß wir uns nur fügen, um die Versammlung nicht zu vereiteln, jedoch Respekt für die Kollege Steininger-Beucha aus, daß die Arbeiter der Zahlstelle Alsleben keineswegs glauben dürfen, die Verkaufvereinigung der Unternehmer bezwecke nur die Abzähmung der feigern und die Konkurrenz zu beseitigen. Die Arbeiterlöhne werden von der Vereinigung ebenfalls festgelegt und ausgetüftelt, in welcher Form sie sich auf Kosten der Arbeiter bereichern können. Auf Umwegen sucht man die Löhne der Arbeiter zu kürzen, indem man andre Maße, bessere Bearbeitung der Steine oder eine andre Arbeitsweise einführt. Die Einhaltung der Schutzvorschriften wird von den Unternehmern nicht beachtet. Die Arbeiter sind blind und Wetter sehr oft ausgefegt. Die Folge davon sei Rheumatismus und Tuberkulose. Wenn auch das Material in diesem Gebiet nicht ganz so gesundheitsgefährlich sei wie mancher Sandstein, so wird sich doch bei vielen die Berufskrankheit einstellen. Dann erörterte der Referent die Kämpfe in der Steinindustrie, speziell die Ausrüstungen und brüsst herausbeschwerenen Streiks. Die Pflastersteinindustriellen verstehen ganz gut, ihre Interessen wahrzunehmen. Nur durch einmütiges Zusammenstreben der Arbeiter ist es möglich, ihnen Zugeständnisse abzuwingen und die Arbeiterschutzvorschriften durchzuführen. Die Parole für jeden Steinarbeiter müsse lauten: Sinein in den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. (Rebharter Beifall.) Genosse Speckhardt führte an, daß gerade der Unternehmer, der stets sozialpolitisches Verständnis gezeigt habe, kürzlich bei Lohnforderungen erklärte: er müsse die Angelegenheit erst in der Sitzung der Unternehmer vor-

bringen. Betreffs der Tuberkulose sei er der Meinung, daß, wenn die Steinindustrie länger am Orte bestesse, sie genau so viel Opfer fordere wie in den Sandsteingebieten. Die Diskussion zeigte, daß die Arbeiter im Sinne der Arbeiter gesprochen hatten. Im Schlußwort gefühlte Steininger noch scharf das System der schwarzen Listen und forderte zum Besen der Parteipresse auf. Die Anwesenheit der Polizeio rgane hat keineswegs gehindert, die Schäden der herrschenden Gesellschafts-klassen zu brandmarken, das anhaltliche Ländchen war aber vor der Revolution gerettet. Hoffentlich ziehen die Kollegen im Gebiet Bernburg-Alsleben die Konsequenzen und treten alle dem Steinarbeiterverband bei.

Peppenheim. Am Sonntag, den 30. April, fand in Rimbach im Lokal des Kollegen Seidel eine Bezirksversammlung statt. Gauleiter Sarfert referierte über das Thema: Die gegnerischen Gewerkschaften. Nach ungefähr 1 1/2 stündigem Referat endete Redner unter großem Beifall der Versammlung. Weiter standen verschiedene Bezirksangelegenheiten zur Beratung. Kollege Bergbauer beantragte, die Bezirksversammlungen nur in Peppenheim abzuhalten, denn dieselben könnten dort besser besucht werden. Nach längerer Debatte wurde der Antrag abgelehnt, denn die Zahlstellen Rimbach und Zwingenberg wären dadurch beeinträchtigt. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Zwingenberg bestimmt. Scharf rügte die Versammlung das Verhalten der hiesigen Unternehmer, die unsern früheren Bezirksvorsitzenden immer noch verfolgen und ihn als den Urheber des Streiks bezichtigen. Im Schlußwort erwähnte Gauleiter Sarfert die Anwesenden, den Mut nicht sinken zu lassen, sondern weiter zu agitieren, dann würde es uns in nicht allzu langer Zeit gelingen, das wieder zu erobern, was wir beim letzten Kampf aufgeben mußten. Mit einem Hoch auf den internationalen Steinarbeiterverband schloß hierauf der Vorsitzende die Versammlung.

Kloster-Rimbach. Am 30. April fand im Gasthaus zum Schlag unsere Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht war. Zum 1. Punkt gab der Vorsitzende die Abrechnung vom 1. Quartal bekannt, die von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Im 2. Punkt wurde beschlossen, daß auch in Zukunft die Kollegen fleißig agitieren sollen. Die Löhne sind hier die denkbar schlechtesten, und dazu müssen wir noch die Verzugs- und Schmiedeschärfe bezahlen. Unter Punkt Verschiedenes kamen die Mißstände, welche in den Brüchen herrschen, zur Sprache. In den meisten Brüchen fehlen die Unterkerndämme. Ganz besonders zeichnet sich der Unternehmer Huber aus, dem die Organisation ein besonderer Dorn im Auge ist. Dieser Herr verschloß seinen Arbeitern sogar im vergangenen Winter die Unterkunftshäute. Als ihn ein Kollege ermahnte, er möchte doch die Hütte öffnen und heizen, da schlug Huber eine Tonart an, die unerhörbar war. Der ermahnte Kollege mußte aus seinem Geschäft fliehen. Auch weiß Frau Huber über die Organisierten nichts Gutes zu reden, während sie den Unorganisierten, welche bei der Frau Schläpfer sind, mit ganz besonderer Güte entgegenkommt. Kollegen, haltet nur die Organisation hoch, damit wir uns bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen können. Mit großer Genugtuung wurde es begrüßt, daß hier in Walde eine Agitationsversammlung stattfindet, in welcher ein Redner von der Zentrale sprechen wird.

Kosbach. Am Sonntag, 30. April, fand im Bockchen Gasthaus zu Ussig eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Gauleiter Mittenmeier hielt ein längeres Referat über den Bezirksstark, den Herr Karl Schwinger verlangt. Es solle für das gesamte Pflastersteingewerbe für Oberpfalz und Niederbayern ein Bezirksstark zustande kommen. Es wurde eine dementsprechende Resolution gefaßt, die von den Kollegen Kosbachs und Gumpings einstimmig angenommen wurde. Im Punkt Verschiedenes kam auch der christliche Vorsitzende von Eremiting zum Wort, der sich mit unsrer Taktik einverstanden erklärte, wenn es ihm von Herzen gegangen ist. Es wurde auch über die christlichen Verhältnisse geredet. Zum Schluß sprach Mittenmeier und führte den Kollegen vor Augen, daß es heute unsere erste Aufgabe sein soll, dem Deutschen Steinarbeiterverband anzugehören.

## Literarisches.

Die Gefahren der Arbeit in der gemischten Industrie. Unter diesem Titel hat der Verband der Fabrikarbeiter eine Schrift herausgegeben, die auf weitgehende Beachtung Anspruch machen darf. Der Verfasser (G. Schneider, Redakteur des Proletarier) schildert in der Schrift an Hand überreichen Materials die Unfall- und Erkrankungsgefahren in der gemischten Industrie. Zahlreiche graphische Darstellungen, Tabellen und Diagramme erläutern die Zahlen im Text. Die Abbildungen verletzter und erkrankter Personen legen von der ungeheuerlichen Verwüstung von Menschenleben und Menschengeundheit in der gemischten Industrie Zeugnis ab. Die Anschaffung dieser Schrift kann allen, die sich mit gewerbehygienischen Fragen beschäftigen, nur empfohlen werden.

Der Preis der Schrift ist 3 Mark für das kartonierete und 4 Mark für das gebundene Exemplar. Den Bezug vermittelt die Volksbuchhandlung in Hannover.

66 Prologe für Arbeiterfeste. Unter diesem Titel erschien soeben ein Buch im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, das 66 Prologe aus der Feder des Genossen Ernst Preczang enthält. — Dieses Buch wird unsern Mitgliederkreisen bei Festen aller Art sehr gute Dienste leisten. Es enthält Stiftungsfestprologe für alle Berufe, außerdem sind Prologe für Delegierten-tage — Frauenfeste — Jugendfeiern — Bildungs- und Kunstvereine — Persönliche Gedenkfeiern — Jahresfeste — Sängerfeste — Humoristische Abende usw. enthalten. Der Preis beträgt 2 Mk. Wir können die Anschaffung des Buches unserer Mitgliedschaft in den einzelnen Orten durchaus empfehlen. — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen entgegen.

Die Schwindsucht der Arbeiter, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung. Unter diesem Titel hat der hervorragende Sachverständige auf dem Gebiete der Gewerbehygiene, Herr Professor Dr. med. Th. Sommerfeld-Berlin, eine vier Druckbogen starke Schrift herausgegeben. Die Schrift gliedert sich in drei Abschnitte: Ursachen, Häufigkeit und Verhütung der Tuberkulose. Im ersten und zweiten Teile bespricht der Verfasser die Bedeutung der Tuberkelbazillen, der verschiedenen gewerblichen Schädlichkeiten und krankhaften Zustände des Körpers für die Entstehung und Weiterentwicklung der Tuberkulose, wobei das Wesen und die Folgen der Staubeinatmung mit besonderer Ausführlichkeit behandelt werden. Eigene Statistiken des Verfassers und Veröffentlichungen anderer Schriftsteller zeigen die Verbreitung der Seuche in den verschiedenen Berufsarten.

Der dritte Abschnitt umfaßt die Maßnahmen, die zur Verhütung der Weiterverbreitung der Tuberkulose erforderlich sind, bespricht eingehend die Krankeitsbilder, unter denen das beginnende Leiden sich zu verschließen pflegt, und führt die wichtigsten Grundzüge für eine gesundheitsgemäße Lebensführung vor. Bemerkungen über Augenheilmittel, Fürsorgestellen für Lungenkranke und Waldberuhigungsstätten schließen die lehrreichen Prosa ab.

Die Schrift ist ganz besonders geeignet, die Arbeiterklasse über die gesundheitlichen Gefahren der Berufstätigkeit aufzuklären und zur Vorsicht sowie zur Durchführung hygienischer Maßnahmen zu erziehen, sie enthält auch wertvolles Material, das agitatorisch verwertet werden kann.

Wir können unsern Mitgliedern die Anschaffung dieser vorzüglichen Schrift nur dringend empfehlen. Mindestens aber sollte sie in jeder Zahlstellenbibliothek vorhanden sein.

Der Preis beträgt im Buchhandel 1 Mark, bei Massenbezug für Gewerkschaftsmitglieder 20 Pf. pro Stück.